

**Universität Bern**

FS 2018

Philosophisch-historische Fakultät

Institut für Sozialanthropologie

Bachelorarbeit

# **Palmöl als umstrittener Rohstoff**

Die Widerstandsbewegung in der Schweiz

**Sarina Bucher**

Rehhagstrasse 43, 3018 Bern

Mail: [sarina.bucher@students.unibe.ch](mailto:sarina.bucher@students.unibe.ch)

Matrikelnummer: 14-116-099

Studienprogramm: Social anthropology Bachelor Major

Eingereicht bei Prof. Dr. H. Znoj

Abgabedatum: 18. August 2018

## Abstract

Palmöl ist ein pflanzliches Öl, welches vielseitig verwendet, einfach und in grossen Mengen gewonnen sowie günstig verkauft wird – dessen Anbau jedoch schwerwiegende ökologische sowie soziale Probleme verursacht. In der Schweiz lehnt eine «unheilige Allianz» die Gewinnung und die Verwendung des Öls deshalb ab und leistet mit der in einem offenen Brief formulierten Forderung des Ausschlusses von Palmöl aus dem mit Malaysia geplanten Freihandelsabkommen Widerstand gegen die Verwendung des Rohstoffs. Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit der Frage, *wer in der Schweiz aus welchen Gründen und in welcher Art und Weise Widerstand gegen die Gewinnung und Verwendung von Palmöl leistet*, und untersucht somit diese «unheilige Allianz». Eine Allianz, die aus einer sozialen Bewegung (Umwelt- und Menschenrechtsschutzorganisationen), einem Berufsverband (Bauernverband), Konsumentenschutzorganisationen und politischen Parteien (Grüne, CVP, SVP) besteht.

Als erstes legt die in sechs Teile gegliederte Arbeit allerdings dar, wo Palmöl wie hergestellt und verwendet wird. Ausserdem soll die Entwicklung der indonesischen Palmölindustrie hervorgehoben werden, denn diese ist derzeit marktführend. In einem zweiten Schritt wird anhand der Folgen des Palmölanbaus zudem ersichtlich gemacht, warum in der Schweiz Widerstand gegen die Gewinnung und Verwendung von Palmöl geleistet wird. Nachdem im Hauptteil anhand einer Medienanalyse und den Theorien zu «Protest», «Widerstand» und «sozialen Bewegungen» diskutiert wurde, auf welche Art und Weise sich die «unheilige Allianz» gegen den Palmölhandel auflehnt, steht zuletzt die Frage im Fokus, warum in Indonesien kein grossangelegter Widerstand geleistet wird. Angesichts der Tatsache, dass die lokale Bevölkerung von den verschiedenen Folgen des Palmölanbaus direkt betroffen ist, ist dieser Umstand aus sozialanthropologischer Perspektive besonders interessant wie auch erstaunlich.

### Schlüsselbegriffe

*Palmöl, Widerstand, Schweiz, Freihandelsabkommen, unheilige Allianz, Indonesien*

# Inhaltsverzeichnis

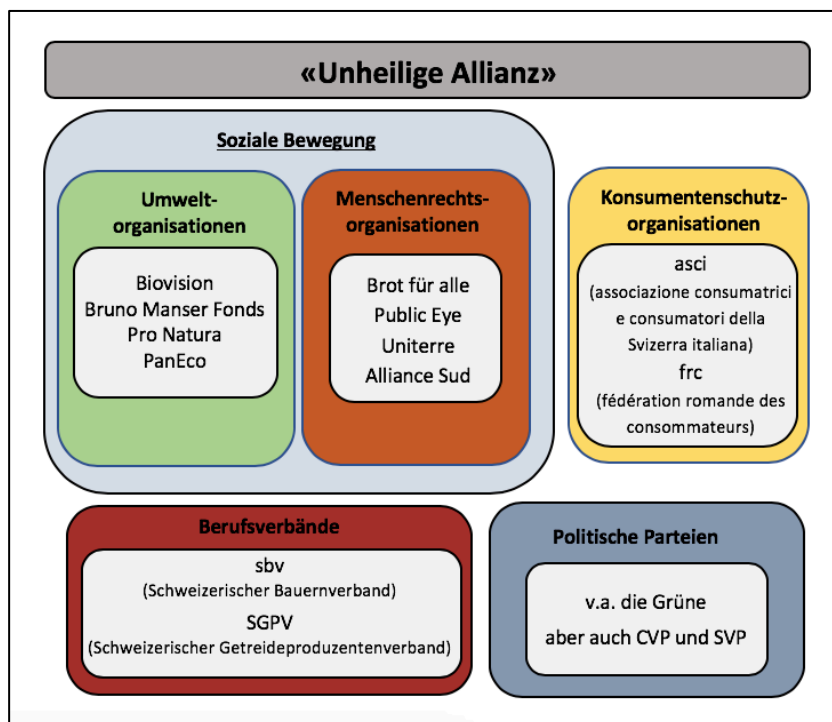
<b>ABSTRACT</b> .....	<b>2</b>
<b>1. EINLEITUNG</b> .....	<b>4</b>
1.1 ZIELSETZUNG/FRAGESTELLUNG/EINGRENZUNG .....	4
1.2 AUFBAU/METHODE .....	5
1.3 STAND DER FORSCHUNG .....	6
<b>2. PALMÖL</b> .....	<b>8</b>
2.1 EIGENSCHAFTEN DER ÖLPALME UND ANBAUGEBIETE .....	8
2.2 HERSTELLUNG UND VERWENDUNG .....	9
2.3 EXPORT UND IMPORT .....	11
2.4 ENTWICKLUNG DER PALMÖLINDUSTRIE IN INDONESIA .....	12
<b>3. AUSWIRKUNGEN DES PALMÖLANBAUS</b> .....	<b>15</b>
3.1 ÖKOLOGISCHE FOLGEN .....	15
3.1.1 «Land Grabbing» .....	16
3.2 SOZIALE FOLGEN .....	18
<b>4. SCHWEIZER AUFLEHNUNG GEGEN DEN PALMÖLHANDEL</b> .....	<b>20</b>
4.1 PROTEST UND WIDERSTAND – THEORETISCHE GRUNDLAGEN .....	20
4.2 FREIHANDELSABKOMMEN MIT MALAYSIA UND INDONESIA .....	22
4.2.1 Streitpunkt Palmöl .....	22
4.2.2 «Offene Briefe» und Boykotte als Formen des Widerstands .....	26
<b>5. LEISTET INDONESIA WIDERSTAND GEGEN DEN PALMÖLANBAU?</b> .....	<b>29</b>
<b>6. FAZIT</b> .....	<b>31</b>
<b>7. VERZEICHNISSE</b> .....	<b>35</b>
7.1 ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS .....	35
7.2 ABBILDUNGSVERZEICHNIS .....	35
7.3 BIBLIOGRAFIE .....	37
7.3.1 Literaturverzeichnis .....	37
7.3.2 Verzeichnis der Internet-Ressourcen .....	40
7.3.3 Verzeichnis der Filme .....	43
<b>8. ANHANG</b> .....	<b>44</b>
8.1 «OFFENER BRIEF» .....	44
8.2 SELBSTSTÄNDIGKEITSERKLÄRUNG FÜR SCHRIFTLICHE ARBEITEN .....	47

# 1. Einleitung

## 1.1 Zielsetzung/Fragestellung/Eingrenzung

Palmöl wird für die Herstellung zahlreicher Nahrungsmittel, Haushaltsartikel, Körperpflege- sowie Pharmaprodukte genutzt und findet als Kraftstoff<sup>1</sup> seine Verwendung (Knöke und Inkermann 2015: 3). Der Anbau von riesigen Ölpalmplantagen in Südostasien nimmt infolge der starken Nachfrage (ebd.: 4f) stetig zu und verursacht in zahlreichen Ländern schwerwiegende ökologische sowie soziale Probleme (ebd.: 8). Deshalb formierten sich in den vergangenen Jahren weltweit diverse Anti-Palmöl-Bewegungen, deren Ziel die Verringerung des Konsums und Anbaus von Palmöl ist. Auch in der Schweiz ist eine solche Widerstandsbewegung entstanden. Eine «unheilige Allianz» leistet, mit der in einem offenen Brief formulierten Forderung des Ausschlusses von Palmöl aus dem von der Schweiz mit Malaysia geplanten Freihandelsabkommen, Widerstand gegen die Verwendung des Rohstoffs. Wie «Abbildung 1» zeigt, besteht diese «unheilige Allianz» aus einer sozialen Bewegung (Umwelt- und Menschenrechtsschutzorganisationen), einem Berufsverband (Bauernverband), Konsumentenschutzorganisationen und politischen Parteien (vor allem Grüne, aber auch CVP und SVP).

Abbildung 1: Akteurinnen und Akteure der "unheiligen Allianz"



Quelle: Eigene Darstellung.

<sup>1</sup> Es ist die Rede von Biosprit, welcher für Kraftwerke und Fahrzeuge verwendet wird (Ferenschild 2013: 19).

Aufgrund ihrer heterogenen Akteurinnen und Akteure ist die Koalition ein äusserst interessanter Untersuchungsgegenstand. Die vorliegende Arbeit, die sich mit der Frage beschäftigt, *wer in der Schweiz aus welchen Gründen und in welcher Art und Weise Widerstand gegen die Gewinnung und Verwendung von Palmöl leistet*, untersucht somit diese «unheilige Allianz». Mithin wird der von der Koalition betreffend des Freihandelsabkommens Schweiz – Indonesien eingereichte «offene Brief» als Widerstandsform erörtert. Die im öffentlichen Diskurs ausführlich thematisierten ökologischen und sozialen Bedenken des Palmölanbaus sind ebenfalls wichtiger Bestandteil dieser Untersuchung. Anhand dieser wird aufgezeigt, warum es in der Schweiz unter anderem zu Widerstand kommt. Nicht Ziel der Arbeit ist allerdings das Erkennen transnationaler Aspekte der Anti-Palmöl-Bewegung, da sich solche bis anhin zu wenig herauskristallisiert haben. Vielmehr wird ergänzend dargelegt, warum Palmöl keineswegs universell abgelehnt wird. Als Beispiel dient hierzu der eher geringe Widerstand gegen die Gewinnung und Verwendung von Palmöl in Indonesien. Kurzum besteht das Ziel der vorliegenden Arbeit darin, Erkenntnisse zur Widerstandsforschung im Kontext des Palmölanbaus zu erlangen.

## 1.2 Aufbau/Methode

Die in sechs Teile gegliederte Arbeit befasst sich im Kapitel 2 erstens mit den Eigenschaften der Ölpalme und nimmt zweitens eine geografische Verortung der Anbaugelände vor. Drittens wird auf die Herstellung des Öls sowie dessen Verwendung eingegangen und viertens thematisiert, welche Länder, in welcher Mengenordnung, Palmöl exportieren und importieren. Infolge der Tatsache, dass Indonesien gegenwärtig am meisten Palmöl exportiert, gilt es fünftens überdies die Entwicklung deren Palmölindustrie und das damit einhergehende «Land Grabbing»-Phänomen (Landraub) hervorzuheben. Im Kapitel 3 werden die Folgen des Palmölanbaus ersichtlich gemacht, was dem besseren Verständnis der Widerstandsbewegung dienen soll. Bevor sich der Hauptteil sodann mit der in der Schweiz stattfindenden Anti-Palmöl-Bewegung und der damit einhergehenden «unheiligen Allianz» auseinandersetzt, werden die Begriffe Protest und Widerstand theoretisch eingeordnet. Auch soll aufgezeigt werden, weshalb Widerstand oft in Form einer sozialen Bewegung zum Vorschein kommt. Mit diesem erarbeiteten Vorwissen wird im Kapitel 4 die Bedeutung der «unheiligen Allianz» als Wi-

derstandleistender Akteur analysiert. Im Kapitel 5 steht abschliessend im Fokus, warum Palmöl keineswegs universell abgelehnt wird. Als Beispiel dient hierzu der eher geringe Widerstand gegen die Gewinnung und Verwendung von Palmöl in Indonesien. Das Fazit am Ende der Arbeit fasst die Erkenntnis zusammen, bietet eine Antwort auf die Fragestellung und ordnet die Schlussfolgerung in die bestehenden Forschungen ein.

Zu den Eigenschaften der Ölpalme, der Herstellung sowie Verwendung von Palmöl, der Entwicklung der indonesischen Palmölindustrie und vor allem den sozial-ökonomischen und ökologischen Folgen des Anbaus besteht einiges an Literatur. Diese Aspekte werden deshalb mit einer Literaturanalyse behandelt. Die Anti-Palmöl-Bewegung der Schweiz ist hingegen ein neueres Phänomen, weshalb kaum wissenschaftliche Literatur zum Thema vorhanden ist. Allein die Medien beleuchteten bislang die damit in Verbindung stehende «unheilige Allianz». Deshalb orientiert sich die Arbeit an einer Medienanalyse. Dementsprechend werden verschiedene Zeitungsartikel und Zeitschriften sowie die Webseiten der Koalitionsmitglieder konsultiert und dabei die zentralen Anliegen und Handlungsweisen der verschiedenen Akteurinnen und Akteure analysiert und interpretiert. Das Ziel ist es, mit dieser Interpretationsmethode zu aussagekräftigen Ergebnissen und Schlussfolgerungen zu kommen.

### 1.3 Stand der Forschung

Zu den Eigenschaften der Ölpalme sowie der Herstellung und Verwendung von Palmöl findet sich viel Literatur (Krist 2013, Pedersen 2008, Rehefeldt 2016). Ebenfalls setzen sich bislang sowohl die Wissenschaft als auch die Medien ausführlich mit den sozial-ökonomischen Folgen des Palmölanbaus als Monokultur auseinander (Pichler 2014: 13). Auch Non-Profit-Organisationen wie Amnesty International publizierten ausführliche Berichte zu ihren Forschungsergebnissen der Palmölindustrie und den damit einhergehenden Menschenrechtsverletzungen (Amnesty International 2016: The Great Palm Oil Scandal. Labour Abuses Behind Big Brand Names). Das Phänomen des «Land Grabbing», welches durch den Palmölanbau von Grossunternehmen zunimmt, ist überdies seit längerem ein Forschungsthema (Kaphengst und Bahn 2012, Backhouse et al. 2013, Fairhead et al. 2013, Englert und Gärber 2014, Margulis 2014, wie auch Opel 2016). Nicht nur der Film «Landraub» sieht «Land Grabbing» als neue Welle des Kolonialismus, sondern auch Margulis et al. verweisen diesbezüglich auf

die Zeit des Imperialismus – betonen als Ursache allerdings den sich verändernden globalen Ernährungs-, Futter- und Kraftstoff-Komplex. Das von Gerhard Senft herausgegebene Werk «Land und Freiheit. Zum Diskurs über das Eigentum von Grund und Boden in der Moderne» gibt durch die Darstellung der Problemgeschichte und Theorieentwicklung zudem weitere Aufschlüsse über den heutigen Kampf um Land.

Des Weiteren wurde die südostasiatische Palmölindustrie bereits von mehreren Forschenden auf deren Akteur\_innen und Struktur sowie die vorhandenen Interessen und Konflikte untersucht (Pye und Bhattacharya 2013, Pichler 2014 sowie Cramb und McCarthy 2016). Hervorzuheben ist hierbei die von Melanie Pichler im Buch «Umkämpfte Natur» gemachte These der auf ökonomischen und politischen Interessen beruhenden und mit Konflikten um Land einhergehenden Expansion der südostasiatischen Palmölproduktion.

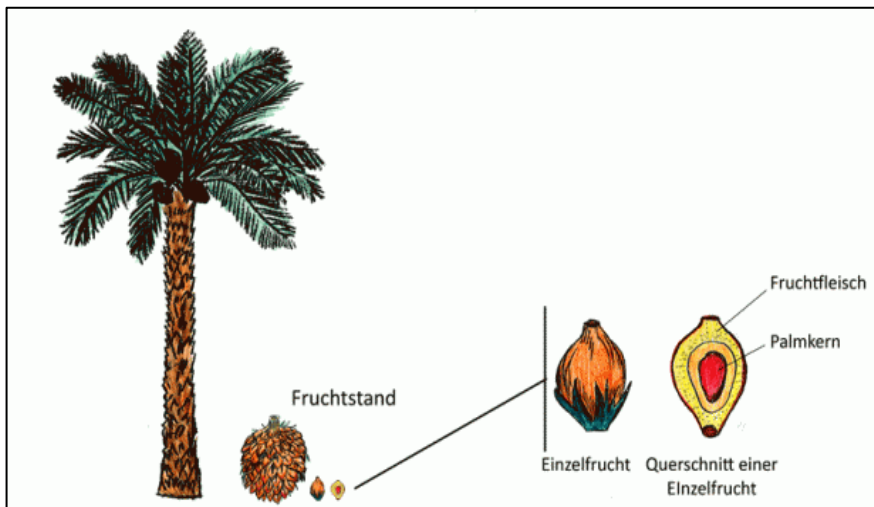
Zur Anti-Palmöl-Bewegung in der Schweiz besteht keine wissenschaftliche Literatur. Allein die Medien beleuchteten bislang die damit in Verbindung stehende «unheilige Allianz». Werke zu den Begriffen «Protest», «Widerstand» und «soziale Bewegung» sind allerdings vorhanden, dienen als theoretische Grundlage und erleichtern das Erkennen sowie Einordnen des in der Schweiz seit kurzer Zeit vorhandenen Widerstands gegen die Gewinnung und Verwendung von Palmöl (Kern 2008, Leidinger 2015, Beyer und Schnabel 2017 sowie Elpel 2017). Auch über die Debatte der Nachhaltigkeitsdeklarierung von Palmöl und dem damit in Verbindung stehenden «Roundtable on Sustainable Palm Oil (RSPO)», welcher beim Analysieren der Anti-Palmöl-Bewegung der Schweiz ebenfalls Thema sein wird, wurde einiges an Literatur veröffentlicht. So machten es sich von Geibler, Pichler, Cramb und McCarthy zur Aufgabe, diesen «runden Tisch für nachhaltiges Palmöl» (RSPO) zu kritisieren.

## 2. Palmöl

### 2.1 Eigenschaften der Ölpalme und Anbauggebiete

Die bis zu 30 Meter hochgewachsene Ölpalme «*Elaeis guineensis*» stammt ursprünglich aus den tropischen Gebieten Afrikas, vornehmlich dem in Westafrika gelegenen Angola und enthält mehrere bis zu 25 Kilogramm schwere Fruchtstände, die wiederum aus 1000 bis 4000 kleineren Einzelfrüchten bestehen (Krist 2013: 578).

*Abbildung 2: Die Ölpalme*



Quelle: Glokai Change.

*Abbildung 3: Fruchtstand*



Quelle: Spektrum der Wissenschaft zitiert nach iStock.

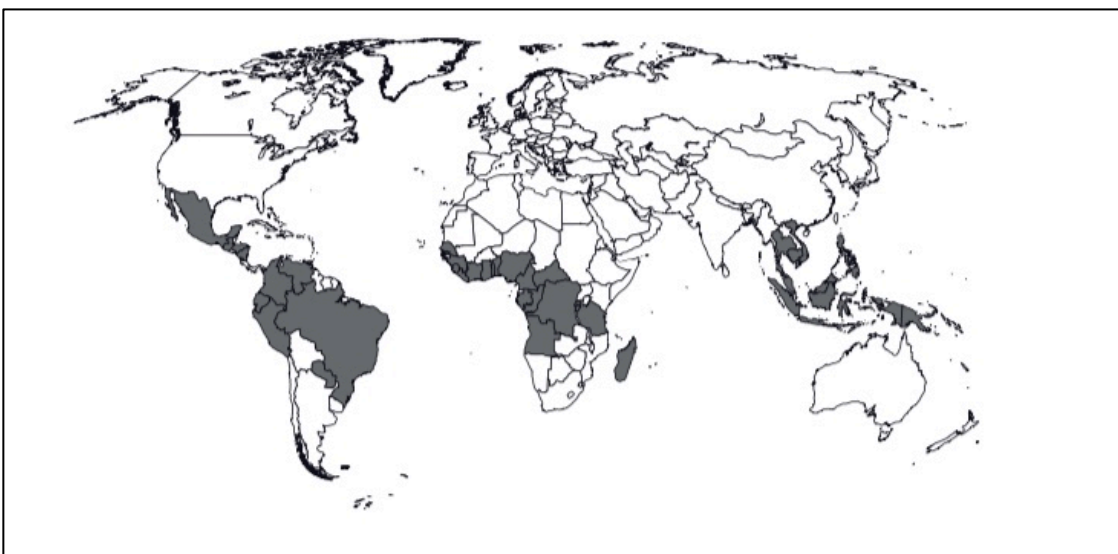
*Abbildung 4: Palmöl*



Quelle: Codecheck.

Des Weiteren wachsen die Ölpalmen am besten in einem feuchttropischen Klima entlang des äquatorialen Tropengürtels (Knoke und Inkermann 2015: 4).

*Abbildung 5: Weltweiter Palmölanbau*



Quelle: Rival and Levang 2014: 11.



## 2.2 Herstellung und Verwendung

Für die Palmölgewinnung selbst ist wenig Wissen erforderlich, jedoch muss die Weiterverarbeitung der Ernte innerhalb von 24 Stunden geschehen, weil die Früchte ansonsten vergammeln (Ferenschild 2013: 21). Die Fabriken für die Weiterverarbeitung befinden sich deshalb vornehmlich in Reichweite der Plantagen (Backhouse 2015: 72). Dort wird sowohl aus dem Fruchtfleisch wie auch aus dem Palmkern der Einzelfrüchte Öl gewonnen (Rehefeldt 2016: 9). Hierzu werden die Fruchtstände als Ganzes sterilisiert und gepresst (ebd.), wobei die Nüsse dem Druck standhalten und nicht zerbrechen (Krist 2013: 579). Durch deren anschliessendes Trocknen, Mahlen und Pressen entsteht Palmkernöl (Rehefeldt 2016: 9). Das ausgepresste Fruchtfleisch ergibt ausserdem rohes, dunkelgelbes bis rotgelbes Palmöl (Krist 2013: 279), welches seine Farbe allerdings durch den zusätzlichen Prozess der Raffination verliert (Rehefeldt 2016: 9).

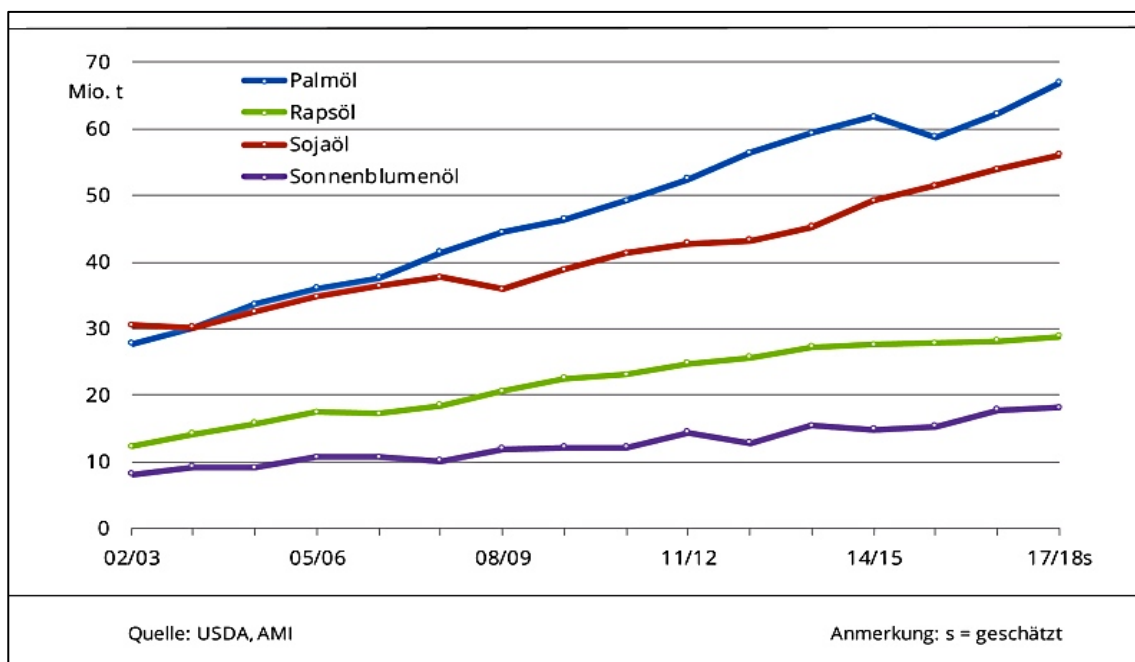
Traditionell wurden aus den Früchten der Ölpalme Gewebe, Wein sowie Nahrungs- und Heilmittel hergestellt (Pedersen 2008: 110). Eine Nutzenanwendung, die heutzutage weltweit Anklang findet. So werden nebst Nahrungs-, Wasch- und Reinigungsmitteln auch Kosmetikartikel angefertigt (WWF 2016: 7). Bei den Nahrungsmitteln enthalten insbesondere Fertigprodukte, Margarine, Back- und Süswaren Palmöl (Rehefeldt 2016: 10). Zudem dient das Öl als Energieträger (WWF 2016: 7) und wird in der chemischen Industrie sowie zur Erzeugung von Tierfutter genutzt (Pedersen 2008: 110).

Dieser diversen Nutzung zufolge ist die Nachfrage nach Palmöl ziemlich hoch. Gefragt ist es, da es Eigenschaften wie eine feste Konsistenz, Geschmacksneutralität, Hitze-stabilität und eine lange Haltbarkeit besitzt (Knoke und Inkermann 2015: 3). Besonders seine natürliche Festigkeit ist laut der Lebensmitteltechnologin Regine Schönlecher vorteilhaft, denn andere pflanzliche Fette müssen stets zuerst künstlich gehärtet werden, weshalb sie anschliessend gesundheitsschädigend sein können (Langbein 2015: 134-138). Des Weiteren ist die Ölpalme einfach anzubauen, über mehrere Jahre ertragreich und dadurch in Bezug auf den zeitlichen und finanziellen Aufwand effizient. Deshalb kann Palmöl auf dem Markt kostengünstig angeboten werden (Rehefeldt 2016: 16 und Pichler 2014: 82). Der Flächenverbrauch ist zudem kleiner als bei anderen Ölpflanzen und der Ertrag dennoch hoch. Während pro Hektar rund 3,3 Tonnen Palmöl gewonnen werden, liegt der Wert bei Raps-, Sonnenblumen- und Kokosöl bei nur 0,7 Tonnen – mit 0,4 Tonnen bei Soja noch tiefer (WWF Deutschland 2016: 6). Die

Palmölnachfrage sowie die damit verbundene Produktion ist allerdings nicht nur aufgrund der soeben genannten Aspekte gestiegen, sondern auch, weil sich das Konsumverhalten (Backhouse 2015: 70) sowie die Ernährungsgewohnheiten verändert haben (Pichler 2014: 81). So ist laut den Aussagen von Backhouse eine Verlagerung von tierischen hin zu pflanzlichen Fetten zu beobachten sowie ein vermehrter Gebrauch von Non-Food-Artikeln (Backhouse 2015: 70). Überdies liegt der Produktionsanstieg auch im Bevölkerungswachstum (Pichler 2014: 81) sowie dem damit zugenommenen Ölbedarf (Landraub 2016) und in der Benutzung von Palmöl als Treibstoff (Pichler 2014: 81 und Backhouse 2015: 70). Letzteres hat zugenommen, da angesichts der Energie- und Klimakrise Kraftstoffe aus nachwachsenden Rohstoffen gewonnen werden, um den Treibhauseffekt sowie die Abhängigkeit von Erdöl zu verringern (Kaphengst und Bahn 2012: 30).

In Anbetracht einer starken, auf den geschilderten Gründen beruhenden Palmölnachfrage ist es nicht erstaunlich, dass sich die Palmölproduktion seit Beginn des 21. Jahrhunderts mehr als verdoppelt hat (Pichler 2014: 82f). Das Produktionswachstum von Raps- und Sonnenblumenöl erfährt dagegen eine Stagnation. Davon zeugen zumindest die vom «United States Department of Agriculture» publizierten Zahlen, auf denen die nachfolgende Grafik beruht.

Abbildung 6: Globale Pflanzenölproduktion von 2002 – 2018



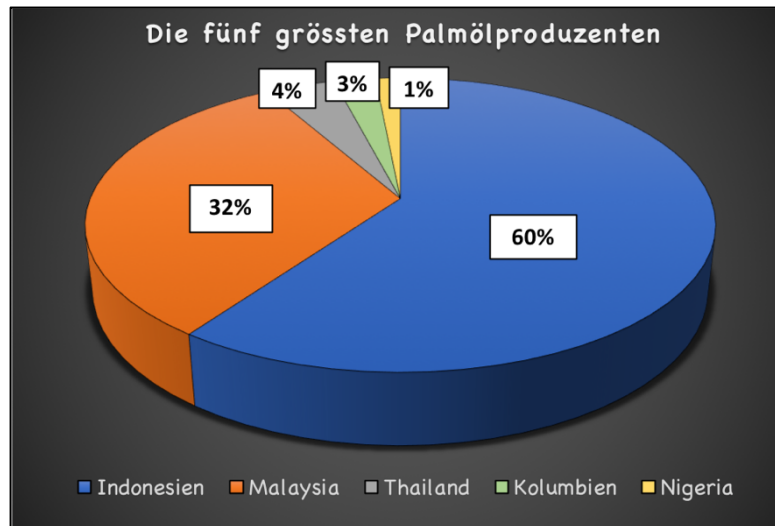
Quelle: Proplanta zit. nach Landwirtschaftsministerium der Vereinigten Staaten (USDA), Agrarmarkt Informations-Gesellschaft (AMI).

Wo dieses viele Palmöl gewonnen und wohin es exportiert wird, legt das nächste Unterkapitel dar.

## 2.3 Export und Import

Der quantitative Zuwachs an Palmölplantagen ist vorwiegend in tropischen Ländern Asiens, Lateinamerikas und Afrikas zu beobachten (Pedersen 2008: 110f). 2006 hat Indonesien Malaysia als grössten Palmölproduzenten abgelöst (Pichler 2014: 83).

Abbildung 7: Palmölproduktion in 1000 Tonnen, Stand 2017.

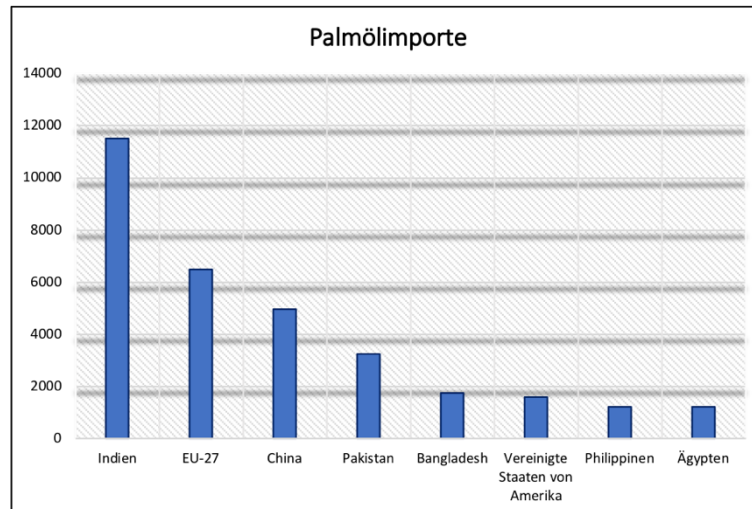


Quelle: Eigene Darstellung – anhand der Zahlen von IndexMundi.

Mit der Produktion von 38,5 Millionen Tonnen Palmöl im Jahr 2017 ist der weltgrösste Inselstaat somit Hauptproduzent von Palmöl, gefolgt von Malaysia mit 20,5 Millionen Tonnen (IndexMundi 2018). Insgesamt stammen 59 Millionen Tonnen oder mehr als drei Viertel des weltweit hergestellten Palmöls aus diesen beiden Ländern. Indonesiens Anteil macht hierbei über die Hälfte (59,88 %) der weltweiten Produktion aus (Index Mundi 2018 und Rehefeldt 2016: 9). Lediglich 4,20 % der weltweiten Palmölproduktion kommen aus Thailand, 2,53 % aus Kolumbien und 1,51 % aus Nigeria (IndexMundi 2018).

71,82% des von Indonesien und Malaysia produzierten Palmöls wird nach Indien, China und in die EU exportiert, wobei Indien im Jahr so viel Palmöl aufkauft wie Europa (6,5 Millionen Tonnen) und China (4,9 Millionen Tonnen) zusammen. Demzufolge ist Indien weltweit der grösste Palmölkonsument. Aber auch Pakistan, Bangladesh, die Vereinigten Staaten von Amerika, die Philippinen und Ägypten werden mit über einer Million Tonnen Palmöl beliefert. Die Schweiz belegt bei diesem Ranking lediglich den 58. Platz. Sie importiert 383 Mal weniger als Indien und 53 Mal weniger als die USA. Das meiste von der Schweiz importierte Palmöl stammt aus Malaysia (Rist 2018: 1).

Abbildung 8: Palmölimporte in 1000 Tonnen, Stand Mai 2018.



Quelle: Eigene Darstellung – anhand der Zahlen von IndexMundi.

Wie die vorangegangene Darstellung der Exporte und Importe von Palmöl gezeigt hat, floriert Indonesiens Palmölgeschäft. Im folgenden Abschnitt soll deshalb aufgezeigt werden, wie sich die indonesische Palmölindustrie entwickelt hat. Die Entwicklung ist aufgrund der ihr zugrundeliegenden Idee von Palmölplantagen als Modernisierungsmodell und der dadurch betriebenen Landpolitik aussagekräftig. Darum dient sie dieser Arbeit als Anschauungsbeispiel für die daraus entstehenden Konflikte um Landzugangrechte. Der aus diesem Kapitel hervorgehende Aspekt des Landkonflikts bietet sich ausserdem an, ins Kapitel 3 überzuleiten, welches sich genauer mit den ökologischen und sozialen Folgen des Palmölanbaus beschäftigt.

## 2.4 Entwicklung der Palmölindustrie in Indonesien

Die aus Afrika stammende Ölpalme wurde 1848 auf der indonesischen Insel Java eingeführt und diente zunächst nur der Zierde. Anfangs 1911 kam es zur kommerziellen Nutzung der Pflanze, nachdem unter der niederländischen Kolonialmacht erste Palmölplantagen entstanden waren (Pichler 2014: 84). Nach Indonesiens Unabhängigkeit wurden unter dem ersten indonesischen Präsidenten Sukarno die Plantagen verstaatlicht (Pye und Bhattacharya 2013: 51), aber bis Ende der 1960er Jahre nur nachlässig bewirtschaftet (Pichler 2014: 84). Erst mit dem 1967 an die Macht gekommenen Suharto kam es zu Investitionen in die Palmölindustrie. Staatliche Plantageunternehmen bepflanzten demnach Landflächen mit Ölpalmen, verteilten es zur Bewirtschaftung an die in der Nähe sesshaften Kleinbäuerinnen und -bauern und forderten dazu

auf, die eingebrachten Ernten in ihren Grossbetrieben weiterverarbeiten zu lassen. Die anfänglich erzielten finanziellen Erträge mussten den Unternehmen zurückbezahlt werden (ebd.). Interessant ist hierbei, dass Suharto das soeben veranschaulichte Vertragswirtschaftsmodell mit seinem «transmigrasi»-Projekt verband und so Arbeitskräfte beschaffte (Pye und Bhattacharya 2013: 52). Zahlreiche Menschen, die auf den dicht bewohnten Inseln Java und Bali lebten, wurden in diesem Rahmen auf die benachbarten Inseln umgesiedelt und in das Vertragslandwirtschaftsmodell integriert (Pichler 2014: 85). Zudem schuf Suharto mehr Anreize für privatwirtschaftliche Plantageunternehmen, um ausländische Investoren anzuwerben und die Öffnung des Landes voranzutreiben. Ein Vorgehen, durch welches die Palmölindustrie stark expandierte (ebd.). Nicht zu vergessen ist diesbezüglich auch das von ihm geschaffene Forstgesetz. Durch dieses wurden Waldflächen unter die alleinige Verfügungsgewalt des indonesischen Staates gebracht – das ungeschriebene Gewohnheitsrecht<sup>2</sup> indigener Bevölkerungsgruppen (ebd.: 127) und deren Landbesitzverhältnisse missachtet (Pye und Bhattacharya 2013: 55). Das Gesetz war mit ein Grund, dass es zum Sturz von Suhartos Regime kam. Die danach in Kraft getretenen Bestimmungen wurden aufgrund der prekären politischen sowie ökonomischen Lage von lokalen Eliten jedoch häufig so ausgelegt, dass die natürlichen Ressourcen weiterhin ausgebeutet werden konnten (Pichler 2014: 157f). Die Korruption nahm ihren Lauf (Pye und Bhattacharya 2013: 65) und es änderte sich wenig am Landrechtszugang der Bäuerinnen und -bauern. Laut Untersuchungen von Cramb und McCarthy hat sich deren Situation sogar verschlechtert (2016: 155), denn sie werden seither häufig nur noch als Arbeiter\_innen in privatwirtschaftlichen Plantageunternehmen eingesetzt (ebd.: 103), wodurch eine gesteigerte Produktivität und ein höherer Gewinn erzielt werden kann (Cramb und McCarthy 2016: 103f).

Daraus lässt sich schliessen, dass die indonesische Regierung die Umwandlung der Natur in ökonomische Güter seit der Regierungszeit des indonesischen Präsidenten Sukarno vorantreibt (Fairhead et al. 2013: 289) und Ölpalmlantagen als «Entwicklungsmodell» des Landes betrachtet, welche gefördert werden müssen (Pye und Bhattacharya 2013: 56). So kommt es vor allem auf den Inseln Sumatra und Kalimantan zu stets neuen Ölpalmlantagen, weil dort die Bevölkerungsdichte geringer und

---

<sup>2</sup> Das ungeschriebene Gewohnheitsrecht indigener Bevölkerungsgruppen Indonesiens wird als „adat“ bezeichnet und gilt als traditionelles Rechtssystem. Es richtet sich nach lokalen Gegebenheiten, ist nicht universell gültig und regelt unter anderem Landbesitzverhältnisse. Nach Pichlers Beschreibung beziehen sich aber auch andere gesellschaftliche Normen, politische Entscheidungsprozesse sowie Bräuche und Zeremonien auf dieses System (Pichler 2014: 123).

dadurch mehr Land für den Anbau vorzufinden ist. Da die Besitzer\_innen von Landflächen ausserdem oft nirgends schriftlich festgehalten sind, betrachtet der Staat es als öffentliches Land, welches für den Anbau von Ölpalmen verwendet werden kann (Fairhead et al. 2013: 289). Demgemäss führt der Palmölanbau vielfach zu Landraub und weiteren sozialen Problemen. In Anbetracht dessen und aufgrund der negativen Auswirkungen auf die Umwelt ist Palmöl zu einem umstrittenen Rohstoff geworden, gegen dessen Herstellung und Verwendung zumindest in der Schweiz Widerstand geleistet wird. Um in Erfahrung zu bringen, was unter anderem die Schweizer Widerstandsbewegung gegen Palmöl provoziert, werden nachkommend die Folgen des Palmölanbaus auf Mensch und Natur veranschaulicht.

### 3. Auswirkungen des Palmölanbaus

Seit der Jahrtausendwende wurden 200 Millionen Hektar Ackerland an Agrarinvestoren verkauft (Landraub 2016). Eine ganze Menge, wird bedacht, dass in Europa insgesamt ungefähr 170 Millionen Hektar Ackerland vorhanden sind (Langbein 2015: 25). Nimmt die Produktionsnachfrage ausserdem bis 2050 weiter zu, müssten zusätzliche 500 Millionen Hektar Land erschlossen werden (ebd.: 12). Das weltweit vorhandene Land wird angesichts einer wachsenden Weltbevölkerung sowie der damit einhergehenden steigenden Produktionsnachfrage von Nahrungsmitteln und anderen Waren (Pichler 2014: 81) sowie des kapitalistischen Wirtschafts- und Konsummodells allerdings immer knapper (Ferenschild 2013: 4). Doch gerade deshalb liefern sich die EU-Staaten wie auch die USA und China derzeit ein Rennen um die verbleibenden Böden (Chemnitz 2016: 77 sowie Kaphengst und Bahn 2012: 7). Ein Rennen, das des Weiteren mit der Nahrungsmittel-, Energie-, Finanzmarkt- und Klimakrise zusammenhängt (Kaphengst und Bahn 2012: 26). Zumindest hat die Wahrnehmung der Landwirtschaft als Kapitalanlage zugenommen, seit die Lebensmittelpreise aufgrund der Finanzkrise 2007/08 angestiegen sind (Landraub 2016). Gleichzeitig gewannen die Böden an Wert, da sie für die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse eine zentrale Rolle spielen (Patzel 2016: 31). Folglich wurde der Boden zu einem Investitions- und Spekulationsobjekt, mit dem Gewinne erzielt werden können (Glante und Makeschin 2016: 23 sowie Senft 2013: 28). Dass der Gewinn über Mensch, Tier und Umwelt gestellt wird, sehen Cramb und McCarthy zurecht als Problem (Cramb und McCarthy 2016: 443). Eines, welches den nachkommend dargestellten ökologischen und sozialen Folgen des Palmölanbaus zuzufolge, auch in der Palmölindustrie besteht.

#### 3.1 Ökologische Folgen

Zunächst gilt es zu betonen, dass «weltweit [...] wegen Palmölplantagen rund 190`000 km<sup>2</sup> Regenwald und Torfgebiete verschwunden [sind]. Mehr als 4,5 mal [Schreibweise wie im Original] die Fläche der Schweiz» (SRF News 2018: 2f). Ein markanter Waldverlust, der laut einem Bericht der UN-Entwicklungsorganisation höchstens bis 2020 ökologisch in diesem Ausmass tragbar ist (Chemnitz 2016: 77). Erstens zerstören die Abholzungen und anschliessenden Brandrodungen<sup>3</sup> wichtige Ökosysteme und lassen

---

<sup>3</sup> Unter Brandrodung wird das Roden von Bäumen durch Fällen und Verbrennen verstanden (Duden online 2018). Ein Vorgehen das zum Ziel hat Flächen für den Ackerbau oder für Plantagen zu erschaffen (spektrum.de 1999). Ein Prozess der des

Pflanzen- sowie Tierarten verschwinden, wodurch die Biodiversität verloren geht (Knoke und Inkermann 2015: 9). Zweitens kommt es durch den Humusabbau (Langbein 2015: 117) sowie die Vernichtung von Torfböden (Knoke und Inkermann 2015: 8), welche als Kohlenstoffspeicher dienen (ebd.: 9), zur Freisetzung von CO<sub>2</sub> (Rehefeldt 2016: 12). Damit wird der Klimawandel stark vorangetrieben (Die Orang-Utans sollen leben 2011). Weiter werden Böden zerstört, weil Palmölplantagen als Monokultur angebaut (Pedersen 2008: 111) und Pestizide sowie Kunstdünger verwendet werden (Knoke und Inkermann 2015: 10 sowie Rehefeldt 2016: 13). Viertens soll nicht unerwähnt bleiben, dass der Betrieb von Palmölplantagen enorme Wassermengen beansprucht (Rehefeldt 2016: 13). Die starke Bewässerung der Felder, wie auch die schwindenden Bäume und Sträucher, welche als Windschutz dienen würden, führen folglich zu Bodenerosionen, wodurch grosse Agrarflächen verloren gehen (Langbein 2015: 12). Ausserdem gelangen durch die Bewässerung die von Pestiziden und Kunstdünger stammenden Giftstoffe ins Grundwasser. Das Trink- und Nutzwasser der lokalen Bevölkerung wird demnach nicht nur überbeansprucht, sondern obendrein verschmutzt (Rehefeldt 2016: 13 und Hoering 2012: 39f). Die Kontaminierung des Grundwassers ist für die lokale Bevölkerung jedoch längst nicht das Hauptproblem. Dieses besteht vielmehr darin, dass Palmölplantagen häufig durch die «[...] Inbesitznahme von Grund und Boden ungeachtet der bestehenden Eigentumsverhältnisse [...]» (Englert und Gärber 2014: 7) entstehen – ein Vorgehen, welches mit jenem der Kolonialzeit verglichen werden kann und heutzutage als «Land Grabbing» konzeptualisiert wird (Landraub 2016).

### 3.1.1 «Land Grabbing»

«Land Grabbing» ist ein globales Phänomen (Kaphengst und Bahn 2012: 23 sowie Margulis et al. 2014: 2). Eines, das weder einheitlich noch abschliessend definiert ist (Opel 2016: 18), da es sich aufgrund unterschiedlicher Landzugangs- und Nutzungsrechte in jeder Gesellschaft anders äussert (Backhouse 2015: 17). Grundsätzlich wird darunter aber «[...] das Agieren staatlicher Akteure und privater Investoren aus Industrie- und Schwellenländern [verstanden], welche sich mittels ausländischer Direktinves-

---

Weiteren meist in tropischen und subtropischen Regionen stattfindet und Boden für eine kurzfristige landwirtschaftliche Nutzung zugänglich macht (spektrum.de 2001).



titionen in Form langfristiger Pacht- und Kaufverträge überdurchschnittlich grosse Agrarflächen in Entwicklungsländern sichern, um dort Nahrungsmittel oder Energiepflanzen [agrarindustrielle Flex-Crop-Produkte<sup>4</sup>] für den Export anzubauen» (Opel 2016: 19). Die Landzugangs- und Nutzungsrechte der Indigenen werden bei einer solchen Aktion oftmals ignoriert und es kommt zu unrechtmässigen Enteignungen, Vertreibungen sowie Änderungen in den Eigentumsrechten und den sozialen Verhältnissen (Backhouse 2015: 12 und Backhouse et al. 2013: 249). Deshalb verstehen Englert und Gärber unter «Land Grabbing» auch «[...] die Aneignung von Boden [...] ohne grosse Rücksicht auf rechtliche oder soziale Rahmenbedingungen [...]» (Englert und Gärber 2014: 135). Sowohl Kaphengst und Bahn, wie auch Englert und Gärber betonen weiter, dass Investoren absichtlich Länder mit fehlenden oder schwachen Rahmenbedingungen und Rechtsstrukturen, sprich mit unklaren Landeigentums- und Nutzungsrechten sowie korrupten Regierungen auswählen, um Landgeschäfte einfacher abschliessen zu können (Kaphengst und Bahn 2012: 25 sowie Englert und Gärber 2014: 146). Da sich Landkäufe somit oft in einem rechtlichen Graubereich abspielen, werden sie unauffällig abgewickelt (Englert und Gärber 2014: 139). Zahlenangaben zu diesem Phänomen müssen deshalb mit Vorsicht genossen werden (Opel 2016: 38). Nach Englert und Gärber ist es dennoch «[...] unangebracht, «Land Grabbing» einseitig negativ zu sehen» (2014: 145). So würden «[...] durchaus Chancen in diesen Geschäften [bestehen] [...]» (Englert und Gärber 2014: 145). Demnach sehen Befürworter\_innen von Landnahmen den besseren Zugang zur Technologie, zu Innovationen und Arbeitsmärkten als gewinnbringend. Die Produktion könne dadurch gesteigert und die Ernährungsbasis der lokalen Bevölkerung gesichert werden. Ausserdem würden die Exporteinnahmen zunehmen (Englert und Gärber 2014: 136 und Opel 2016: 20). Dass durch «Land Deals» (Landgeschäfte) mit grossen Agrarkonzernen und der von diesen im Anschluss betriebenen Plantagenwirtschaft des Weiteren neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden (Englert und Gärber 2014: 137 sowie Knoke und Inkermann 2014: 11), ist eine umstrittene Annahme. In Anbetracht der zunehmenden Mechanisierung in der Agroindustrie, kommt es eher zu einem Stellenabbau (Landraub 2016). Gleichzeitig resultiert aus der Verdrängung der Subsistenzwirtschaft ein Verlust von lokalem Wissen sowie Anpassungsstrategien und mehr Menschen sind fortan auf

---

<sup>4</sup> «Flex Crop» wird von Margulis et al. wie folgt definiert: «[...] crops and commodities with multiple and flexible use – across food, feed, and fuel complexes and industrial commodities [...]. The four currently most popular flex crops are maize, oil palm, soybean, and sugarcane» (Margulis et al. 2014: 162).

Lohnarbeit angewiesen (Englert und Gärber 2014: 139 sowie Hoering et al. 2009: 11). Eine Entwicklung durch welche sich die Lebenssituation von Kleinbäuerinnen und -bauern drastisch verschlechtern kann (Die Welt im Ausverkauf 2013). Inwiefern, zeigt die nachfolgende Darstellung.

### 3.2 Soziale Folgen

Kleinbäuerinnen und -bauern verlieren durch Landnahmen ihr kulturelles Erbe, wie auch die Lebensgrundlage (Cramb und McCarthy 2016: 284) und sehen sich aufgrund von Umsiedlungen (Pedersen 2008: 110) nicht selten mit ethnischen Konflikten konfrontiert (Knoke und Inkermann 2014: 11). Ihre Grundnahrungsmittel müssen sie zudem fortan auf schlechteren Böden anbauen, oder sie werden bei einem Palmölkonzern als günstige Arbeitskraft eingestellt (Ferenschild 2013: 4). Nach Ferenschild ist eine Anstellung als Plantagearbeitskraft für Kleinbäuerinnen und -bauern nicht gewinnbringend, weil sie damit durchschnittlich dreimal weniger Lohn verdienen, als wenn sie eine eigene, circa zwei Hektar grosse Ölpalmfläche bewirtschaften können (2013: 32). Eine Tatsache, welche die Investoren wenig zu interessieren scheint. Denn diese sind vielmehr darauf aus, möglichst viel und günstig zu produzieren, Arbeitskräfte einzusparen und die ökonomische Wertschöpfungskette zu steigern (Englert und Gärber 2014: 146). Demnach werden weiterhin Arbeitsvermittler\_innen in Regionen reisen, um die dort lebenden mittellosen Menschen Verträge unterschreiben zu lassen, die angeblich lukrative Jobangebote auf Palmölplantagen betreffen (Knoke und Inkermann 2015: 14). Verträge, die verwirrend sind (Die Welt im Ausverkauf 2013) sowie juristische Phrasen enthalten (Knoke und Inkermann 2015: 14), welche von der ländlichen Bevölkerung, die oft nicht lesen und schreiben kann (Kaphengst und Bahn 2012: 47), kaum verstanden werden. Mittellose, die solche intransparenten Verträge abschliessen, kommen dadurch in eine noch misslichere Lage (Knoke und Inkermann 2015: 14). Erstens sind keine Sozialversicherungssysteme vorhanden, welche den Arbeiter\_innen finanzielle Sicherheit gewähren (Knoke und Inkermann 2015: 11). Eine Absicherung, die wichtig wäre, wird bedacht, dass die Beschäftigung im Palmölsektor saisonal ist (Ferenschild 2013: 31). Zweitens herrschen auf den Plantagen und in den Fabriken elende Arbeitsbedingungen (Knoke und Inkermann 2015: 14) und Zwangs- sowie Kinderarbeit (Rehefeldt 2016: 14). Nicht zu vergessen ist drittens die schlechte und unregelmässige Bezahlung, die sich nach Quoten richtet. Werden die Quoten

nicht erreicht, wird der Lohn gekürzt. Wird mehr Arbeit verrichtet, erhalten die Angestellten jedoch keinen höheren Lohn (Knoke und Inkermann 2015: 14). Viertens herrschen in den Massenunterbringungen unhygienische, gesundheitsgefährdende Bedingungen. Gesundheitliche Probleme entstehen aber auch aufgrund der Verwendung des in Europa verbotenen Herbizids<sup>5</sup> Paraquat (Pedersen 2008: 111). In Anbetracht der tendenziell elenden Arbeitsbedingungen, ist eine Anstellung als Plantagenarbeiter\_in keine dauerhafte Option (Ferenschild 2013: 31).

Unter anderem aufgrund dieser dargestellten Auswirkungen des Palmölanbaus ist in der Schweiz eine «unheilige Allianz» entstanden, die Widerstand gegen die Gewinnung und Verwendung von Palmöl leistet. Um diesen Widerstand korrekt einzuordnen, findet im Folgenden eine terminologische Klärung des Begriffs statt. Ausserdem wird aufgezeigt, wie sich Widerstand von Protest unterscheidet und warum dieser oft in Form einer sozialen Bewegung zum Vorschein kommt.

---

<sup>5</sup> Als Herbizid wird ein Unkraut vernichtendes chemisches Mittel verstanden (Duden online 2018).

## 4. Schweizer Auflehnung gegen den Palmölhandel

### 4.1 Protest und Widerstand – Theoretische Grundlagen

Wird ein Blick in die Forschungsliteratur geworfen, lässt sich erkennen, dass der Widerstandsbegriff unterschiedlich definiert wird (Elpel 2017: 34 und Leidinger 2015: 39). Dies liegt daran, dass Widerstand diverse Formen annehmen und daher auch von verschiedenen Blickwinkeln aus betrachtet und analysiert werden kann (Elpel 2017: 52). Dementsprechend besteht das Ziel dieses Unterkapitels nicht darin, eine abschliessende Definition zum Widerstandsbegriff zu formulieren. Vielmehr geht es um die Darlegung einiger Auffassungen von Widerstand und den Versuch, diesen vom Protestbegriff abzugrenzen.

Wie Untersuchungen zeigen, wird unter dem Protestbegriff ein Kommunikationsverfahren verstanden (Leidinger 2015: 35 und Kern 2008: 135). Er gilt als eine bestimmte Mitteilungsform (Pross 1992: 18 zitiert nach Leidinger 2015: 34) bei der ein Individuum oder ein Kollektiv Kritik äussert und Widerspruch thematisiert (Baringhorst 2014: 94 zitiert nach Leidinger 2015: 35). Das Protestieren ist demnach ein zur Sprache bringen von Missbilligungen (Duden online 2018) sowie ein Akt der Auflehnung (Pross 1992: 18 zitiert nach Leidinger 2015: 34). Ein Akt, bei dem es darum geht die Öffentlichkeit über (drohende) Missstände aufmerksam zu machen, deren Zustimmung zu erlangen (Balint et al. 2014: 9 zitiert nach Leidinger 2015: 34) und sie zum Handeln aufzufordern (Rucht et al. 1992: 4 zitiert nach Leidinger 2015: 33). Folglich wird durch das Protestieren ein Zeichen gesetzt (Leidinger 2015: 10), da deutlich gemacht wird, dass ein «[...] drohender Missstand nicht widerspruchslos hingenommen wird» (Gherairi 2015: 66 zitiert nach Leidinger 2015: 35). Gegen den (drohenden) Missstand wird jedoch erst in einem zweiten Schritt etwas unternommen – dem des Widerstandleistens. Demnach unterscheiden sich Protest und Widerstand wie folgt voneinander:

*«Protest ist, wenn ich sage, das und das passt mir nicht,*

*Widerstand ist, wenn ich dafür Sorge, dass das, was mir nicht passt, nicht länger geschieht»*

*(Dale A. Smith, Vietnamkonferenz Berlin 1968 zitiert nach Leidinger 2015: 33).*

Somit wird häufig erst durch den Protest ausgelöst, dass Widerstand geleistet wird. Das Protest- und Widerstandsmotiv ist allerdings identisch und besteht meist darin, einen sozialen Wandel herbeizuführen, zu verhindern oder rückgängig zu machen (Leidinger 2015: 18).

Eine solche Veränderung oder Erhaltung des gesellschaftlichen Ist-Zustands wird des Weiteren oft durch eine soziale Bewegung erreicht (Beyer und Schnabel 2017: 13f). Eine Bewegung, die ein Zusammenschluss aus Einzelpersonen, Organisationen, Gewerkschaften, Berufsverbänden, Lobbygruppen, Parteien sowie den Massenmedien sein kann (Leidinger 2015: 19 und Kern 2008: 132, 170) und deren Bestehen mit der Ressourcenmobilisierungstheorie begründet werden kann. Die Theorie geht davon aus, dass eine soziale Bewegung entsteht, weil «[...] individuelle Ressourcen zeit- und kosteneffektiv [zusammengeführt] [...]» (Beyer und Schnabel 2017: 69) sowie organisiert werden (ebd.: 66) und dadurch mehr individuelle oder kollektive Akteurinnen und Akteure mobilisiert und Ziele erreicht werden können (ebd.: 16). Dass bei einem solchen Zusammenschluss die Ansichten der beteiligten Akteurinnen und Akteure nicht immer vollständig übereinstimmen, sieht der Soziologe Thomas Kern keineswegs als Problem (2008: 171). Vielmehr betont er: «[...] je breiter die abgebildete Meinungsvielfalt [ist], desto mehr Möglichkeiten zur Einwirkung auf die Öffentlichkeit stehen offen» (Kern 2008: 162). Das heisst, die Chance eine breite Anhängerschaft zu erreichen, ist grösser, wenn eine soziale Bewegung aus vielfältigen Akteurinnen und Akteuren besteht (Kern 2008: 165, 171). Überdies ist es von Vorteil, wenn mit diversen Medien zusammengearbeitet wird, denn diese stellen eine wichtige Plattform für öffentliche Diskussionen dar (Kern 2008: 158), erhöhen die Sichtbarkeit des Problems, führen ausserdem zu weniger Kommunikationskosten und nicht zuletzt erschaffen und verbreiten sie eine kollektive Identität (Beyer und Schnabel 2017: 200). Dementsprechend stellen die Massenmedien einen wichtigen Koalitionspartner dar, mit dem auf effiziente Art und Weise Sympathisantinnen und Sympathisanten gewonnen werden können. Nicht zu vergessen ist allerdings, dass das Bewegungskollektiv wieder in Teilgruppen, sogenannte Bewegungsorganisationen zerfällt, wenn der Soll-Zustand erreicht oder der Ist-Zustand erfolgreich erhalten wurde (Beyer und Schnabel 2017: 16).

Die Forschung kommt zum Schluss, dass eine breite Koalition und somit sowohl das Zusammenlegen finanzieller Ressourcen, wie auch die Koordination unterschiedlicher Mobilisierungs- und Handlungsstrategien (Leidinger 2015: 18 sowie Beyer und Schnabel 2017: 16), in Kombination mit dem Rückgriff auf bestehende Kommunikationsnetzwerke (Beyer und Schnabel 2017: 115), sich positiv auf das Einflusspotenzial und die Durchsetzungsfähigkeit auswirken können (Kern 2008: 48, 118). Die Annahme, dass der von einem Kollektiv ausgeübte Widerstand höhere Erfolgchancen aufweist, ist deshalb gerechtfertigt (Elpel 2017: 51). Es ist somit anzunehmen, dass sich aus diesen

Gründen in der Schweiz eine «unheilige Allianz» geformt hat, die den Ausschluss von Palmöl aus den Freihandelsabkommen mit Malaysia und Indonesien erreichen will.

## 4.2 Freihandelsabkommen mit Malaysia und Indonesien

Seit 2012 ist die Schweiz im Rahmen der Verhandlungen mit der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) bestrebt mit Malaysia ein Freihandelsabkommen zu realisieren und die Handelsbeziehungen zu verstärken (Bruno Manser Fonds et al. 2017: 1). Auch wurden im Jahr 2014 mit Indonesien die Gespräche über ein Freihandelsabkommen wieder aufgenommen (Rist 2018: 1). Ein Abschluss des Abkommens ist allerdings mit Malaysia auch nach sieben vom Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) geführten Verhandlungsrunden noch nicht in Sicht (Stünzi Kerzers 2016: 3 und Bruno Manser Fonds et al. 2017: 1). Der Grund dafür liegt bei der Palmölfrage. Während Malaysia eine Zollbefreiung für Palmölimporte in die Schweiz fordert (Braunschweig 2017: 13 und Bruno Manser Fonds et al. 2017: 1) und auch Indonesien Zollvergünstigungen beantragt (Grossenreiter 2018: 1), sieht die «unheilige Allianz» diese Forderung als Problem. Warum dies so ist und weswegen zwischen der Allianz auf der einen Seite und dem Bundesrat Schneider-Ammann und dem SECO auf der anderen Seite Unstimmigkeiten herrschen, wird im folgenden Unterkapitel dargelegt.

### 4.2.1 Streitpunkt Palmöl

Laut der «unheiligen Allianz» stellt der Erlass oder die Vergünstigung des Zolls auf das pflanzliche Öl einen Produktionsanreiz dar. Demzufolge nehmen die Palmölplantagen, die Palmölherstellung und auch der Export des Öls bei einer Lockerung oder Aufhebung des Zolls weiter zu (Braunschweig 2017: 13). Infolgedessen kommt es zu weiteren Umweltschäden sowie Menschenrechtsverletzungen – wie diese in Kapitel 3 ausführlich dargelegt wurden – welche die Schweiz durch ein Anerkennen der malaysischen oder indonesischen Forderungen gutheissen würde (Parlamentarischer Vorstoss M 208-2017 in Antwort des Regierungsrats des Kantons Bern 2017: 2). Da sich die Schweiz international für das Einhalten der Menschenrechte stark macht und Malaysia weder die UNO-Menschenrechtspakte, noch die Kernübereinkommen der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) achtet (Bruno Manser Fonds et al. 2017: 1f), würde sie zugleich der eigenen politischen Position widersprechen (Public Eye Bern

2017: 1f). Überdies käme die Schweiz ihrem Anspruch der Verbreitung von umweltverträglichen sowie ressourcenschonenden Konsummustern nicht nach. Ein Vorhaben, welches der Bundesrat verfolgt, weil ungefähr ein Drittel der von der Schweiz verursachten Umweltbelastung auf die Ernährungsweise von Schweizerinnen und Schweizer zurückzuführen ist (Bruno Manser Fonds et al. 2017: 1).

Insbesondere der Bauernverband sieht das Gewähren der malaysischen und indonesischen Forderung ausserdem als «[...] im Widerspruch zu den agrarpolitischen Anstrengungen des Bundes für eine ökologisch und wirtschaftlich überlebensfähige [Schweizer] Landwirtschaft» (Bruno Manser Fonds et al. 2017: 1) stehend und betont weiter, dass steigende Palmölimporte negative Auswirkungen auf die inländische Produktion von Raps hätten. Durch den Rückgang der Ölsaatenproduktion würde es nicht nur zu einer schlechten Auslastung der Infrastruktur kommen, wodurch das Know-how zu den Produktionsinstallationen abnehmen und die Konkurrenzfähigkeit gefährdet wäre, sondern auch zu einem Verlust von Arbeitsplätzen sowie zu niedrigeren Einkommen für Bauernfamilien. Der Rückgang von Raps- und Sonnenblumenanbau würden zudem eine Abwertung des Schweizer Landschaftsbilds und eine Bedrohung für die Bodenfruchtbarkeit bedeuten. Demnach ist eine abwechslungsreiche Fruchtfolge wichtig, um Krankheiten, Schädlinge sowie Unkrautprobleme zu verhindern. Ausserdem wäre der Rückgang besonders für Bienen und andere Insekten verheerend, da es für diese zu einem Nahrungsverlust kommt (ebd.: 5). Nicht zu vergessen ist ferner das Argument, dass ein vermehrter Konsum der in Palmöl enthaltenen gesättigten Fettsäuren das Risiko von Herz-Kreislaufkrankheit erhöht, im Gegensatz zu den im Rapsöl enthaltenen ungesättigten Fettsäuren (ebd.: 2017: 4).

In Anbetracht der angeführten, möglichen Auswirkungen lehnt die «unheilige Allianz» die Forderung von Malaysia und Indonesien nach einer Zollbefreiung oder -vergünstigung ab und verlangen den Ausschluss von Palmöl aus den Freihandelsabkommen (Braunschweig 2017: 13). Da Palmöl allerdings zu den Hauptexportinteressen der beiden Länder gehört (Antwort des Bundesrates auf die Motion 16.3558 von Claudia Friedl 2016: 2), äussert sich das Staatssekretariat für Wirtschaft gegenüber der Forderung kritisch. So würde deren Umsetzung den Abschluss der Abkommen gefährden, denn die Handelsinteressen von Malaysia und Indonesien wären nicht mehr gedeckt (Rist 2018: 1). Diese zu einem Ende zu bringen und damit die Handelsbeziehung zu den beiden Ländern aufrechtzuerhalten sei aber wichtig, da sowohl Malaysia, als auch

Indonesien aufgrund der grösser werdenden Mittelklasse (ebd.: 1) für die Schweiz einen vielversprechenden Absatzmarkt darstellen (Antwort des Regierungsrats des Kantons Bern auf den parlamentarischen Vorstoss M 208-2017 2017: 3) und für die Wirtschaft daher gewinnbringend sein können. Würden die Abkommen nicht zustande kommen, sind den Aussagen des Bundesrates zufolge Schweizer Exporteure gegenüber den Hauptkonkurrenten aus dem Ausland benachteiligt (Antwort des Bundesrates auf die Motion 16.3332 von Jean-Pierre Grin 2016: 2). So dürfe nicht vergessen werden, dass die EU mit Malaysia und Indonesien ebenfalls über ein Abkommen mit ähnlichen Inhalten verhandle (Rist 2018: 1 und Antwort des Bundesrates auf die Motion 16.3332 von Jean-Pierre Grin 2016: 2). Für den Bundesrat stellt der Ausschluss von Palmöl aus den Freihandelsabkommen jedoch nicht nur aufgrund des wirtschaftlichen Aspekts keine Option dar, sondern auch, weil die Umwelt- und Menschenrechtssituation des Partnerlandes dadurch nicht verbessert werden könne. Vielmehr gelte es durch einen fortwährenden, konstruktiven Dialog und die Zusammenarbeit Bedingungen zu schaffen, mit denen die Anbaumethoden und Arbeitsbedingungen im Palmölbereich nachhaltig verbessert werden (Antwort des Bundesrates auf die Motion 15.3130 von Rosmarie Quadranti 2015: 2, Antwort des Regierungsrates auf den Vorstoss M 208-2017 Hebeisen-Christen et al. 2017: 3 und Antwort des Bundesrates auf die Motion 16.3332 von Jean-Pierre Grin 2016: 1f). Der Bundesrat verweist diesbezüglich stets auf den 2004 gegründeten Runden Tisch für nachhaltiges Palmöl (Antwort des Bundesrates auf die Interpellation 15.3716 von Maya Graf 2015: 1f) – ein Zusammenschluss aus «[...] Plantageunternehmen, Weiterverarbeitungs- und Handelsbetriebe[n], Konsumgüterhersteller[n], Einzelhandelsunternehmen, Banken und Investoren, Umwelt-NGOs sowie soziale[n] und entwicklungspolitische[n] NGOs» (Pichler 2014: 186), dem somit nicht nur NGOs, sondern auch diverse Akteurinnen und Akteure entlang der Wertschöpfungskette angehören (Pichler 2014: 186). Diese sogenannte Multi-Stakeholder-Organisation hat diverse Prinzipien und Kriterien ins Leben gerufen, die von Plantageunternehmen und Ölmühlen bei der Palmölherstellung befolgt werden müssen, damit deren Öl als nachhaltig zertifiziert wird (ebd.: 187). Eine solche Nachhaltigkeitszertifizierung wird von der «unheiligen Allianz» allerdings in mehreren Hinsichten als problematisch angesehen.

Erstens besteht kein Konsens dazu, was unter Nachhaltigkeit verstanden wird (Maier 2016: 367). Als dehnbare Begriff kann dieser nicht abschliessend definiert werden (Landraub 2016). Zweitens ist umstritten, ob Palmöl überhaupt nachhaltig hergestellt



werden kann (Parlamentarischer Vorstoss M 208-2017 in Antwort des Regierungsrats des Kantons Bern: 2). Drittens wird den Prinzipien und Kriterien des RSPO eine fehlende Wirkkraft vorgeworfen (Pichler 2014: 188 und Schweizerische Koalition 2018: 2), da sie freiwillig sind und von den Staaten weder verfasst, kontrolliert, noch verlangt werden (Hansmann et al. 2016: 58 und Bonati 2018: 2). Zudem sind keine Sanktionsmöglichkeiten definiert (Knoke und Inkermann 2015: 23). In Anbetracht dessen liegt es im Trend, dass sich Unternehmen selber Nachhaltigkeitslabels verleihen (Landraub 2016). Viertens dominieren aus Sicht der Kritikerinnen und Kritiker am Runden Tisch für nachhaltiges Palmöl die Unternehmensinteressen (Pichler 2014: 189 und von Geibler 2010: 313). Eine RSPO-Mitgliedschaft würde ebenfalls häufig als Imagepflege missbraucht, weshalb «Greenwashing»<sup>6</sup> ein weiteres Problem darstellt (Pichler 2014: 190) und Teilnahme nicht unbedingt zu einer nachhaltigeren Produktionsweise führe (Oels 2007: 28). Des Weiteren werde nicht nur Kleinbäuerinnen und Kleinbauern zu wenig Mitspracherecht eingeräumt (Pichler 2014: 191), sondern auch der Wissenschaft. Diese sollte laut der Nachhaltigkeitsexpertin Elisabeth Bürgi Bonanomi ebenfalls Mitglied des RSPO sein (Bonati 2018: 2) und Von Geibler zufolge die Wirksamkeit des RSPO prüfen (2010: 313).

Die «unheilige Allianz» zeigt sich deshalb nicht einverstanden mit dem Vorschlag des Bundesrates, bloss die Anbaumethoden und Arbeitsbedingungen im Palmölbereich zu verbessern. Laut ihnen gibt es kein nachhaltig produziertes Palmöl (Parlamentarischer Vorstoss M 208-2017 in Antwort des Regierungsrats des Kantons Bern 2017: 2). Das RSPO-Label lehnen sie demzufolge ab (Schweizerische Koalition 2018: 2). Dieses sei lediglich dazu da, um das Gewissen der Lebensmittelindustrie zu beruhigen. Das Palmölproblem werde auf diese Art und Weise jedoch nicht gelöst. Vielmehr liege der Schlüssel zum Erfolg im Senken des Palmölverbrauchs (Demuth 2017: 4). Diese Auffassung widerspiegelt unter anderem auch die im Februar 2018 mit 140 zu 35 Stimmen (zehn Stimmenthaltungen) angenommene Motion des SVP-Nationalrats Jean-Pierre Grin, bei welcher der Ausschluss von Palmöl aus dem Freihandelsabkommen mit Malaysia gefordert wird (Bruno Manser Fonds 2018: 1). Zusätzlich zur Motion von Jean-Pierre Grin hat am 1. Februar 2018 die «unheilige Allianz» einen offenen Brief an den Bundesrat Johann Schneider-Ammann und die indonesische Regierung eingereicht,

---

<sup>6</sup> Greenwashing ist der «[...] Versuch von Unternehmen, durch Marketing- und PR-Massnahmen ein „grünes Image“ zu erlangen, ohne allerdings entsprechende Massnahmen im Rahmen der Wertschöpfung zu implementieren» (Gabler Wirtschaftslexikon online 2018: 1).

der den Ausschluss von Palmöl aus dem Freihandelsabkommen mit Indonesien verlangt (Schweizerische Koalition zu Palmöl 2018: 1f). Sowohl die Vorstösse in Form von Motionen und Interpellationen, wie auch der offene Brief der «unheiligen Allianz» sind Widerstandsarten. Da sich die Arbeit mit der Fragestellung beschäftigt, *aus welchen Gründen und in welcher Art und Weise in der Schweiz Widerstand gegen die Gewinnung und Verwendung von Palmöl geleistet wird*, gilt es im fortführenden Unterkapitel 4.2.2 insbesondere den «offenen Brief» theoretisch einzuordnen und seine Wirkung aufzuzeigen.

#### 4.2.2 «Offene Briefe» und Boykotte als Formen des Widerstands

Petitionen und «offene Briefe» stellen eine intermediäre Form politischer Aktion dar und greifen direkt in eine politische Auseinandersetzung ein (Leidinger 2015: 90). Ein *offener* Brief wird demgemäss einer prominenten Persönlichkeit oder Institution übergeben, wie auch der Presse, damit diese ihn veröffentlichen kann. Es ist ein Brief, der gesellschaftspolitische Themen behandelt sowie Probleme anspricht, welche die Allgemeinheit betreffen. Zudem nimmt sich der Brief der aufgegriffenen Thematik kritisch an (Wörterbuch Wortbedeutung.info 2018: 1). Mit einem offenen Brief fordern diejenigen, die ihn erstellt haben, eine öffentliche Stellungnahme zum dargelegten Gegenstand und üben damit Druck auf Instanzen aus, die Entscheidungsgewalt besitzen (SRF 2018: 1 und Schweizerische Koalition zu Palmöl 2018: 2). Im Falle des Freihandelsabkommens mit Malaysia oder Indonesien sind diese Instanzen der Bundesrat Johann Schneider-Ammann, das SECO sowie die indonesische Regierung. Das unter Druck setzen von Einflussträger\_innen ist jedoch nicht der einzige Effekt eines «offenen Briefes». Diesen als Widerstandsform zu wählen macht auch deshalb Sinn, weil für gewöhnlich mit den Medien zusammengearbeitet wird. Diese sind insofern von zentraler Bedeutung, weil sie als Plattform für öffentliche Diskussionen (Kern 2008: 158) die Sichtbarkeit eines Problems um ein Vielfaches erhöhen und die Kommunikationskosten senken (Beyer und Schnabel 2017: 200). Eine Medienresonanz zu erzeugen ist also von grossem Vorteil. Der «unheiligen Allianz» ist es gelungen eine solche Resonanz zu erzeugen. Begründet werden kann dieser Erfolg allerdings nicht nur mit dem offenen Brief als Form einer politischen Aktion. Vielmehr wurde bereits aufgrund der ungewöhnlichen Konstellation der Akteurinnen und Akteure – dass sich ideolo-

gisch fremde Gruppen zusammenschliessen – die Aufmerksamkeit der Medien erlangt. Die von Kern 2008 im Buch «Soziale Bewegungen. Ursachen, Wirkungen, Mechanismen» vertretene These, dass es einfacher ist, auf die Öffentlichkeit einzuwirken und eine breite Anhängerschaft zu erreichen, wenn eine soziale Bewegung aus vielfältigen Akteurinnen und Akteure besteht, wird demzufolge klar bestätigt (2008: 162).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der offene Brief sowohl als Protestaktion, wie auch als Widerstandsform gewertet werden kann. Begründet werden kann diese Annahme wie folgt: Es sei in Erinnerung gerufen, dass nach Dale A. Smith ein Protest als solcher bezeichnet wird, wenn ausgesprochen wird, was einem nicht passt (Dale A. Smith, Vietnamkonferenz Berlin 1968 zitiert nach Leidinger 2015: 33). Da die «unheilige Allianz» in dem von ihr verfassten offenen Brief ihre Missbilligung gegenüber den negativen ökologischen und sozialen Folgen der Palmölherstellung zum Ausdruck bringt und dadurch begründet, warum sie gegen eine Befreiung oder Vergünstigung von Palmöl-Zollkosten ist, kann der offene Brief als Protestaktion gesehen werden. Als Form von Widerstand gilt er hingegen, da erstens die verschiedenen Mitglieder der Koalition den offenen Brief aktiv gemeinsam verfasst haben und darin zweitens die zuständigen Instanzen dazu auffordern, Palmöl aus dem Freihandelsabkommen mit Indonesien auszuschliessen. Mit dem verlangten Palmölboykott thematisiert die unheilige Allianz drittens ausserdem den Palmölkonsum (Kern 2008: 50) und verweist auf die Verantwortung der Konsumierenden (Leidinger 2015: 99). So könne jede/r Einzelne durch den Boykott von Palmöl ein Zeichen setzen (Kaphengst und Bahn 2012: 86). Viertens erreicht die Allianz eine öffentliche Stellungnahme von den politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger und setzt diese insofern unter Druck, als dass eine umfassende und transparente Kommunikation gefordert wird (Schweizerische Koalition zu Palmöl 2018). Durch den offenen Brief werden die Verantwortlichen überdies darauf aufmerksam gemacht, dass ihr Tun unter Beobachtung steht. Demgemäss nimmt die «unheilige Allianz» und infolge der Öffentlichkeitsarbeit auch die Zivilgesellschaft die Rolle des «watchdog» ein (Kaphengst und Bahn 2012: 85). Die zuständigen Instanzen werden in folgedessen bestrebt sein, Beschlüsse zu treffen, mit welchen auch die Widerstandleistenden einverstanden sind.

Die dargestellten Ergebnisse rechtfertigen abschliessend die Aussage, dass in der Schweiz Widerstand gegen die Gewinnung und Verwendung von Palmöl geleistet wird, obwohl dessen Akteurinnen und Akteure von den Menschenrechtsverletzungen

nicht selbst betroffen sind (Elpel 2017: 37). In Indonesien wird hingegen kaum Widerstand geleistet und wenn, dann in erster Linie gegen Landraub (Kaphengst und Bahn 2012: 77). Weshalb dies so ist, wird in einem letzten Schritt dargelegt.

## 5. Leistet Indonesien Widerstand gegen den Palmölanbau?

Während NGOs wie WAHLI zum einen die Politik und zum andern die Öffentlichkeit durch Kampagnen auf die negativen Folgen der Ölpalmlantagen aufmerksam machen und gegen Palmöl protestieren (Brot für alle 2017: 1f), spricht sich die indonesische Regierung nur ungern für eine nachhaltige Bewirtschaftung und der damit einhergehenden Bekämpfung der ökologischen und sozialen Auswirkungen des Palmölanbaus aus. Begründet werden kann diese Annahme damit, dass sich der aus Palmöl hervorgehende Gewinn durch eine derartige Bewirtschaftung verringern und die Entwicklungs-, sprich Modernisierungspläne der Regierung Indonesiens gefährden würde (Pichler 2014: 158, 164). Laut Cramb und McCarthy ist das Bedürfnis nach «Entwicklung» des Weiteren auch bei unabhängigen Kleibäuerinnen und -bauern stark ausgeprägt (Cramb und McCarthy 2016: 284), weswegen nach Möglichkeiten gesucht wird, um den eigenen «Fortschritt» voranzutreiben. Palmöl bietet eine solche Möglichkeit, denn sein Anbau weist gleich mehrere Vorteile auf (Fairhead et al. 2013: 298). Es sei allerdings nachdrücklich bemerkt, dass es sich um Vorteile für unabhängigen Kleinbäuerinnen und -bauern handelt. Plantagenarbeiter\_innen profitieren kaum von der Palmölindustrie. Vielmehr werden sie, wie im Kapitel 3.2 ausführlich illustriert, ausgebeutet.

Unabhängige Kleinbäuerinnen und -bauern können mit eigenen Palmölfeldern höhere Erträge erwirtschaften, als bei anderen «cash crops»<sup>7</sup> (Kubitza et al. 2018: 108) oder Berufstätigkeiten (Fairhead et al. 2013: S. 295). Das gesteigerte Einkommen erleichtert sodann den Zugang zu Bildung sowie dem Gesundheitswesen und lässt ferner Anschaffungen wie die von Motorrädern oder elektronischen Geräten zu (Cramb und McCarthy 2016: 284). Zweitens ist die Bewirtschaftung von Ölpalmen nicht sehr arbeitsintensiv (Kubitza et al. 2018: 108), weshalb Arbeitskräfte eingespart oder landwirtschaftliche Betriebe erweitert werden können (Kubitza et al. 2018: 111). Das heisst, es besteht die Möglichkeit zusätzliches Land zu kultivieren, ohne dass in mehr Arbeitskräfte investiert werden muss (Kubitza et al. 2018: 113f). Jedoch kann auch auf die Erweiterung eines landwirtschaftlichen Betriebes verzichtet und anstelle dessen die Zeit für andere, nicht landwirtschaftliche Tätigkeiten genutzt werden (Kubitza et al. 2018: 111).

---

<sup>7</sup> Unter «cash crops» werden für den Markt hervorgebrachte Agrarprodukte verstanden (Gabler Wirtschaftslexikon online 2018: 1).

Kubitza et al. sowie Cramb und McCarthy kommen aufgrund der dargestellten Ergebnisse zum Schluss, dass nicht nur grosse Plantageunternehmen von Palmöl profitieren, sondern auch zahlreiche unabhängigen Kleinbauernhaushalte (Kubitza et al. 2018: 114 sowie Cramb und McCarthy 2016: 284). Folglich leisten zumindest unabhängige Bäuerinnen und Bauern keinen Widerstand gegen Palmöl. Vielmehr versuchen diese weiteres Land in ihren Besitz zu bringen, um Ölpalmen anzupflanzen (Cramb und McCarthy 2016: 301). Dabei schrecken sie vor der Plünderung von natürlichen Ressourcen nicht zurück (Cramb und McCarthy 2016: 284). So ist erwiesen, dass die Erweiterung des Landbesitzes häufig aus Waldrodungen hervorgeht, denn effektive Gesetze gegen Entwaldung sind kaum vorhanden (Kubitza et al. 2018: 114). Eine Tatsache, aus der sich ableiten lässt, dass in Indonesien keineswegs eine ökologische Bewegung, sondern eher eine Allianz von allen gegen die Natur besteht. Die lokale Bevölkerung kann demnach kaum als «[...] *living in harmony with nature, ecologically noble savages, and/or powerless farmers facing unwanted livelihood options*» (Cramb und McCarthy 2016: 284) umschrieben werden.

## 6. Fazit

Die Darlegung der Palmöleigenschaften in Kapitel 2 hat gezeigt, warum die Palmölnachfrage in den letzten Jahren stark zugenommen hat. Demnach ist Palmöl sehr gefragt, weil es neben einer festen Konsistenz, Geschmacksneutralität, Hitzestabilität auch eine lange Haltbarkeit aufweist. Zudem ist die Ölpalme einfach anzubauen, über mehrere Jahre ertragreich und deshalb finanziell lukrativ. Nicht zuletzt ist der vergleichsweise geringe Flächenverbrauch mit gleichzeitig hohem Ertrag für die Bevorzugung von Palmöl gegenüber anderen pflanzlichen Ölen verantwortlich. Die Zunahme hat aber auch mit veränderten Ernährungsgewohnheiten und Konsumverhalten, der durch das Bevölkerungswachstum angestiegenen Produktion von Nahrungsmitteln und anderen Waren sowie der Verwendung von Palmöl als Treibstoff zu tun.

Nichtsdestotrotz gehen mit dem Palmölanbau auch zahlreiche negativen Folgen einher. So geht aus dem Kapitel 3 hervor, dass die ökologischen Folgen wie der Verlust von Wäldern, Pflanzen, Tieren und der Biodiversität, die CO<sub>2</sub>-Freisetzung und der damit vorangetriebene Klimawandel, die durch den Anbau von Palmölplantagen als Monokultur sowie den Gebrauch von Pestiziden und Kunstdüngern zerstörten Böden mit sich zieht. Letzteres führt ausserdem zur Verschmutzung des Grund- und somit Trinkwassers und gefährdet die Gesundheit der lokalen Bevölkerung. Die Kontaminierung des Grundwassers kann allerdings nicht als Hauptproblem gewertet werden, sondern eher das «Land Grabbing»-Phänomen. Durch dieses verlieren Einheimische häufig ihre Lebensgrundlage, haben mit Umsiedlungen sowie allfälligen ethnischen Konflikten zu kämpfen und müssen für den Anbau von landwirtschaftlichen Erzeugnissen auf schlechtere Böden ausweichen. Oft bleibt ihnen nichts anderes übrig, als sich als Arbeitskräfte bei einem Palmölkonzern anstellen zu lassen. Dort finden sie elende Arbeitsbedingungen, eine schlechte und unregelmässige Bezahlung sowie unhygienische Massenunterbringungen vor, womit es zu weiteren gesundheitlichen Problemen kommen kann. Aufgrund dieser Ausführungen lässt sich festhalten, dass die Folgen des Palmölanbaus somit verheerend für Mensch, Tier und Umwelt sind.

Der derzeit weltweit grösste Palmölproduzent Indonesien spricht sich dennoch nicht für eine nachhaltige Bewirtschaftung und der damit einhergehenden Bekämpfung der ökologischen und sozialen Auswirkungen des Palmölanbaus aus. Denn der aus Palmöl hervorgehende Gewinn würde sich durch eine derartige Bewirtschaftung ver-

ringern und die «Entwicklungs-, sprich Modernisierungspläne» der Regierung durchkreuzen. Wie dem Kapitel 5 zu entnehmen ist, leistet auch die lokale Bevölkerung, insbesondere unabhängige Kleinbäuerinnen und -bauern, kaum Widerstand gegen den Palmölanbau, da sie in diesem eine Möglichkeit sehen ihre finanzielle Situation und somit ihre Lebensgrundlage zu verbessern.

Das Kapitel 4 hat hingegen gezeigt, dass in der Schweiz eine aus einer sozialen Bewegung, einem Berufsverband, Konsumentenschutzorganisationen und politischen Parteien bestehende «unheilige Allianz» Widerstand leistet. Sie spricht sich in Form eines «offenen Briefes» an den Bundesrat Schneider-Ammann sowie die indonesische Regierung gegen die indonesische Forderung der Zollvergünstigung auf Palmölimporte in die Schweiz aus und widerspricht auf diese Weise der Verwendung und Gewinnung von Palmöl. So stellt ihnen zufolge eine Zollvergünstigung, wie auch der von Malaysia geforderte Zollerlass auf Palmöl, einen Produktionsanreiz dar, der verursachen würde, dass Palmölplantagen und infolgedessen die Umweltschäden sowie Menschenrechtsverletzungen weiter zunehmen. Die eher linken Angehörigen dieser Allianz kritisieren insbesondere aus eben diesen sozialen und ökologischen Gründen das Abkommen. Der Schweizer Bauernverband betont hingegen auch die negativen Auswirkungen, welcher der erhöhte Palmölimport auf die inländische Rapsproduktion hätte.

Dem 4. Kapitel zufolge betrachtet Bundesrat Schneider-Ammann und das SECO die Forderung kritisch, da die Handelsinteressen der beiden Länder durch einen Palmölausschluss nicht mehr gedeckt wären, was den Abschluss der Abkommen gefährdet. Ein Nichtzustandekommen würde sich laut dem SECO sodann negativ auf die Interessen der Schweizer Wirtschaft auswirken. Es wird von ihm allerdings auch betont, dass die Umwelt- und Menschenrechtssituation des Partnerlandes durch den Ausschluss des Palmöls aus den Freihandelsabkommen nicht verbessert werden können. Demnach bekennt sich das SECO nicht zu einem Palmölausschluss, sondern fordert indessen einen fortwährenden, konstruktiven Dialog und eine Zusammenarbeit, mit der Bedingungen für einen nachhaltigen Anbau und bessere Arbeitsbedingungen geschaffen werden können. Eine Forderung, mit der sich wiederum die «unheilige Allianz» nicht zufriedengibt, weil es laut ihnen kein nachhaltig produziertes Palmöl gibt. Deshalb beharrt die «unheilige Allianz» auf ihrer Forderung und setzt die Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger mit einem «offenen Brief» unter Druck.



Der untersuchte Brief kann den theoretischen Erläuterungen zufolge sowohl als Protestaktion, wie auch als Form des Widerstands gesehen werden. Ersteres ist er, da ihm die Missbilligung gegenüber den negativen ökologischen und sozialen Folgen der Palmölherstellung zum Ausdruck gebracht und die Öffentlichkeit auf einen Missstand aufmerksam gemacht werden. Der im Brief geforderte Palmölboykott thematisiert zudem den Palmölkonsum und verweist auf die Verantwortung der Konsumentenden. Er kann freilich aber auch als Widerstand gedeutet werden, da er von den Akteurinnen und Akteuren der «unheiligen Allianz» aktiv gemeinsam verfasst wurde und die Veränderung des gesellschaftlichen Ist-Zustands fordert. Die für das Freihandelsabkommen zuständigen Instanzen werden durch einen öffentlichen Diskurs unter Druck gesetzt. Demzufolge nehmen die «unheilige Allianz», die Medien und auch die Zivilgesellschaft die Rolle des «watchdog» ein. Die «unheilige Allianz» sorgt mit diesem Vorgehen dafür, dass etwas Unerwünschtes nicht länger geschehen soll.

Die Erläuterungen zur «unheiligen Allianz» in Kapitel 4 haben überdies gezeigt, dass es aufgrund der ungewöhnlichen Konstellation der Akteurinnen und Akteure – dass sich ideologisch fremde Gruppierungen zusammenschliessen – einfacher ist eine Medienresonanz zu erlangen und die Öffentlichkeit zu mobilisieren. Das Leisten von Widerstand in Form eines Zusammenschlusses war in diesem Fall erfolgreich. Gemäss der Ressourcenmobilisierungstheorie ist diese Form nicht nur kosteneffektiv, sondern es kann auch auf bestehende Kommunikationsnetzwerke sowie verschiedene Mobilisierungs- und Handlungsstrategien zurückgegriffen werden. Je breiter die abgebildete Meinungsvielfalt, desto grösser sind auch das Einflusspotenzial und die Durchsetzungsfähigkeit. Die Analyse der «unheiligen Allianz» führt demzufolge zu einem klaren Ergebnis. Mit dem kollektiv verübten Widerstand konnte der Druck auf die für das Freihandelsabkommen zuständigen Instanzen erhöht werden und folglich ist es wahrscheinlicher, dass Palmöl aus den Freihandelsabkommen ausgeschlossen wird.

In Bezug auf die zentrale Fragestellung der vorliegenden Arbeit konnte durch die vorangegangenen Ausführungen aufgezeigt werden, warum in der Schweiz von wem und inwiefern Widerstand gegen die Gewinnung und Verwendung von Palmöl geleistet wird. Um ein noch treffenderes Bild der Schweizer Anti-Palmöl-Bewegung zu zeichnen, wäre der Einbezug von weiteren Faktoren nützlich. Beispielsweise könnte Betrachtet werden, ob auch die Zivilgesellschaft Widerstand gegen die Gewinnung und Verwendung von Palmöl leistet und falls ja, in welcher Form. Ebenfalls wäre es wichtig, sich mit der Wirkung des Ausschlusses von Palmöl aus den Freihandelsabkommen

auseinandersetzen und folgenden Fragen auf den Grund zu gehen: Stellt der komplette Palmöl-Verzicht eine Lösung dar? Was geschieht mit den bestehenden Plantagen und den Menschen vor Ort, wenn die Gewinnung und Verwendung von Palmöl auf der ganzen Welt verboten würde? Eine umfassendere Untersuchung mit den oben genannten Faktoren wäre interessant und wünschenswert, hätte den Rahmen dieser Arbeit aber gesprengt.

## 7. Verzeichnisse

### 7.1 Abkürzungsverzeichnis

EFTA	Europäische Freihandelsassoziation
ILO	International Labour Organization (Internationale Arbeitsorganisation)
RSPO	Roundtable on Sustainable Palm Oil (Runder Tisch für nachhaltiges Palmöl)
SECO	Staatssekretariat für Wirtschaft

### 7.2 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Akteurinnen und Akteure der «unheiligen Allianz», eigene Darstellung – anhand der Informationen des von der «unheiligen Allianz» verfassten «offenen Briefes», S. 4. Quelle:

- Schweizerische Koalition zu Palmöl 2018: Pro Natura. Medien. Offener Brief betr. Freihandelsabkommen Schweiz – Indonesien: Bitte respektieren Sie Menschenrechte und Natur und schliessen Sie Palmöl aus!  
<<https://www.pronatura.ch/de/offener-brief-bundesrat-schneider-ammann-handelsabkommen-mit-indonesien-darf-kein-palmoel-enthalten>>. 31. Juli 2018.

Abbildung 2: Die Ölpalme, S. 8. Quelle:

- GLOKAL Change 2018: Biokraftstoffe. Steckbrief einer Ölpalme.  
<[https://www.glokalchange.de/cms/p/indo\\_1a](https://www.glokalchange.de/cms/p/indo_1a)>. 17. Mai 2018.

Abbildung 3: Fruchtstand, S. 8. Quelle:

- Spektrum.de 2017: Biologie. Der Ruf der Ölpalme kann dank Gentechnik gerettet werden. Ölpalmen. Die meistgehasste Pflanze der Welt.  
<<https://www.spektrum.de/news/der-ruf-der-oelpalme-kann-dank-gentechnik-gerettet-werden/1450079>>. 17. Mai 2018.

Abbildung 4: Palmöl, S. 8. Quelle:

- Franke, Sophie 2017: Codecheck. Krebsgefahr durch Palmöl: Diese Markenprodukte sind schadstoffbelastet.  
<<https://www.codecheck.info/news/Krebsgefahr-durch-Palmoel-Diese-Markenprodukte-sind-schadstoffbelastet-179385>>. 17. Mai 2018.

Abbildung 5: Weltweiter Palmölanbau, S. 8. Quelle:

- Rival, Alain und Patrice Levang 2014: Palms of controversies. Oil palm and development challenges. Bogor, Indonesia: CIFOR.  
<[https://www.cifor.org/publications/pdf\\_files/Books/BLevang1401.pdf](https://www.cifor.org/publications/pdf_files/Books/BLevang1401.pdf)>. 17. Mai 2018.

Abbildung 6: Globale Pflanzenölproduktion von 2002 – 2018, S. 10. Quelle:

- Proplanta. Das Informationszentrum für die Landwirtschaft 2017: Pflanzenölproduktion steigt 2017/18 auf neuen Höchststand.  
<[https://www.proplanta.de/Agrar-Nachrichten/Pflanze/Pflanzenoelproduktion-steigt-2017-18-auf-neuen-Hoechststand\\_article1505899579.html](https://www.proplanta.de/Agrar-Nachrichten/Pflanze/Pflanzenoelproduktion-steigt-2017-18-auf-neuen-Hoechststand_article1505899579.html)>. 8. Mai 2018.

Abbildung 7: Palmölexporte in 1000 Tonnen, Stand 2017, eigene Darstellung – anhand der Zahlen von IndexMundi, S. 11. Quelle:

- IndexMundi 2018: Agriculture. Palm Oil Production by Country in 1000 MT.  
<<https://www.indexmundi.com/agriculture/?commodity=palm-oil&graph=production>>. 18. Mai 2018.

Abbildung 8: Palmölimporte in 1000 Tonnen, Stand Mai 2018, eigenen Darstellung – anhand der Zahlen von IndexMundi, S. 12. Quelle:

- IndexMundi 2018: Agriculture. Palm Oil Imports by Country in 1000 MT.  
<<https://www.indexmundi.com/agriculture/?commodity=palm-oil&graph=imports>>. 18. Mai 2018.

## 7.3 Bibliografie

### 7.3.1 Literaturverzeichnis

**Backhouse**, Maria, Olaf Gerlach, Stefan Kalmring und Andreas Nowak (Hg.) 2013: Die globale Einhegung. Krise, ursprüngliche Akkumulation und Landnahmen im Kapitalismus. Münster: Westfälisches Dampfboot.

**Backhouse**, Maria 2015: Grüne Landnahme. Palmölexpansion und Landkonflikte in Amazonien. Münster: Westfälisches Dampfboot.

**Beyer**, Heiko und Annette Schnabel 2017: Theorien Sozialer Bewegungen. Eine Einführung. Frankfurt, New York: Campus Verlag

**Braunschweig**, Thomas 2017: Verheerende Monokulturen. Zankapfel Palmöl. *Public Eye Magazin* (8). S. 13.

**Chemnitz**, Christine 2016: Globaler Flächenverbrauch. Land unter. In: Oekom e.V. – Verein für ökologische Kommunikation (Hg.): Erdverbunden. Eine neue Politik für unsere Böden. München: Oekom Verlag. 75-80.

**Cramb**, Rob und John F. McCarthy (Hg.) 2016: The Oil Palm Complex. Smallholders, Agribusiness and the State in Indonesia and Malaysia. Singapore: NUS Press.

**Elpel**, Tessa A. 2017: Das Widerstandsrecht. Eine rechtsphilosophische und völkerrechtliche Betrachtung der Legitimität innerstaatlichen Widerstands zur Durchsetzung von Menschenrechten. Baden-Baden: Nomos.

**Englert**, Birgit und Barbara Gärber (Hg.) 2014: Landgrabbing. Landnahme in historischer und globaler Perspektive. Wien: new academic press.

**Fairhead**, James, Ian Scoones und Melissa Leach (Hg.) 2013: Green Grabbing. A New Appropriation of Nature. London, New York: Routledge.

**Ferenschild**, Sabine 2013: Von weissem Gold und goldenem Öl. Flächennutzungskonflikte und Migration an den Beispielen Baumwolle und Palmöl. Siegburg: Südwind.

**Glante**, Frank und Franz Makeschin 2016: Das «Internationale Jahr des Bodens 2015». Die Ernte einfahren. In: Oekom e.V. – Verein für ökologische Kommunikation (Hg.): Erdverbunden. Eine neue Politik für unsere Böden. München: Oekom Verlag. 20-26.

**Hansmann**, Berthold, Michael Schmidt, Dmitry Palekhov und Tanja Walter 2016: Konzept und Funktion von freiwilligen Nachhaltigkeitsstandards. In: Friedel Rainer und Edmund A. Spindler (Hg.): Zertifizierung als Erfolgsfaktor. Nachhaltiges Wirtschaften mit Vertrauen und Transparenz. Wiesbaden: Springer Gabler. 57-74.

**Hoering**, Uwe, Oliver Pye, Wolfram Schaffar und Christa Wichterich (Hg.) 2009: Globalisierung bringt Bewegung. Lokale Kämpfe und transnationale Vernetzungen in Asien. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.

**Hoering**, Uwe 2012: Landnutzung und Wasser. Bodenlos auf dem Trockenen. In: oekom e.V. – Verein für ökologische Kommunikation (Hg.): Welternährung. Global denken – lokal säen. München: Oekom Verlag. 39-43.

**Kaphengst**, Timo und Evelyn Bahn 2012: Land Grabbing. Der globale Wettlauf um Agrarland. Hamburg: VSA.

**Kern**, Thomas 2008: Soziale Bewegungen. Ursachen, Wirkungen, Mechanismen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

**Knoke**, Irene und Helena Inkermann 2015: Palmöl – der perfekte Rohstoff?. Eine Industrie mit verheerenden Folgen. Bonn: Südwind.

**Krist**, Sabine <sup>2</sup>2013 (2008): Lexikon der pflanzlichen Fette und Öle. Wien: Springer.

**Kubitza**, Christoph, Vijesha V. Krishna, Zulkifli Alamsyah und Martin Qaim 2018: The Economics Behind an Ecological Crisis: Livelihood Effects of Oil Palm Expansion in Sumatra, Indonesia. Human Ecology: An Interdisciplinary Journal 46: 107-116.

**Langbein**, Kurt 2015: Landraub. Die globale Jagd nach Ackerland. Wals bei Salzburg: Ecowin.

**Leidinger**, Christiane 2015: Zur Theorie politischer Aktionen. Eine Einführung. Münster: edition assemblage.

**Margulis**, Matias E., Nora McKeon und Saturnino M. Borrás Jr. (Hg.) 2014: Land Grabbing and Global Governance. London: Routledge.

**Maier**, Jürgen 2016: Zertifizierung für mehr Nachhaltigkeit. In: Friedel Rainer und Edmund A. Spindler (Hg.): Zertifizierung als Erfolgsfaktor. Nachhaltiges Wirtschaften mit Vertrauen und Transparenz. Wiesbaden: Springer Gabler. 365-376.

**Oels**, Angela 2007: Nachhaltigkeit, Partizipation und Macht – oder: Warum Partizipation nicht unbedingt zur Nachhaltigkeit führt. In: Jonuschat, Helga, Elke Baranek, Maria Behrendt, Kristina Dietz, Bianca Schlussmeier, Heike Walk und Andreas Zehm (Hg.): Partizipation und Nachhaltigkeit. Vom Leitbild zur Umsetzung. München: Oekom Verlag. 28-43.

**Opel**, Anna 2016: Ausländische Agrarinvestitionen. "Land-Grabbing" im Spannungsfeld zwischen Menschenrechtsschutz und Investitionsschutzrecht. Berlin: Duncker & Humblot.

**Patzel**, Nikola 2016: Boden der Tatsachen. In: Oekom e.V. – Verein für ökologische Kommunikation (Hg.): Erdverbunden. Eine neue Politik für unsere Böden. München: Oekom Verlag. 28-34.

**Pedersen**, Klaus 2008: Naturschutz und Profit. Menschen zwischen Vertreibung und Naturzerstörung. Münster: Unrast.

**Pichler**, Melanie 2014: Umkämpfte Natur. Eine politökologische Analyse der Rolle von Staatlichkeit in der Palmöl- und Agrartreibstoffproduktion in Südostasien. Münster: Westfälisches Dampfboot.

**Pye**, Oliver und Jayati Bhattacharya (Hg.) 2013: The Palm Oil Controversy in Southeast Asia. A Transnational Perspective. Singapore: ISEAS.

**Rehefeldt**, Christian 2016: Palmölkrise – Wer übernimmt Verantwortung?. Zürich: Schulthess Juristische Medien AG.

**Senft**, Gerhard (Hg.) 2013: Land und Freiheit. Zum Diskurs über das Eigentum von Grund und Boden in der Moderne. Wien: Promedia.

**Von Geibler**, Justus 2010: Nachhaltigkeit in globalen Wertschöpfungsketten. Nicht-staatliche Standards als Steuerungsinstrument im internationalen Biomassehandel. Marburg: Metropolis-Verlag.

### 7.3.2 Verzeichnis der Internet-Ressourcen

**Bonati**, Lorenzo 2018: SRF News. Freihandel mit Indonesien. Statt Palmöl ausklammern Nachhaltigkeit einfordern.

<<https://www.srf.ch/news/schweiz/freihandel-mit-indonesien-statt-palmoel-ausklammern-nachhaltigkeit-einfordern>>. 30. Juli 2018.

**Brot für alle** 2017: Recht auf Nahrung. Widerstand gegen Land Grabbing für Palmölproduktion. Wahli.

<<https://brotfueralle.ch/projektblatt/widerstand-gegen-landgrabbing/>>. 5. August 2018.

**Bruno Manser Fonds**, Alliance Sud, Brot für alle, Fédération romande des consommateurs, PanEco, Pro Natura, Public Eye, Schweizerischer Bauernverband, Schweizerischer Getreideproduzentenverband und uniterre 2017: Anlass für Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Freihandelsabkommen mit Malaysia und Indonesien: Nachhaltigkeit im Fall von Palmöl.

<[http://www.bmf.ch/upload/berichte/170301\\_palmo\\_\\_l\\_dossier\\_bmf.pdf](http://www.bmf.ch/upload/berichte/170301_palmo__l_dossier_bmf.pdf)>. 18. Juli 2018.

**Bruno Manser Fonds** 2018: News. Riesenerfolg für den Tropenwald – Schweizer Parlament will keine Zollbefreiung für Palmöl.

<<https://www.bmf.ch/de/news/eilmeldungriesenerfolg-fuer-den-tropenwaldschweizerparlament-will-keine-zollbefreiung-fuer>>. 20. Juli 2018.

**Demuth**, Yves 2017: Beobachter. Ökolabel. Der Palmöl-Maulkorb.

<<https://www.beobachter.ch/umwelt/okolabel-der-palmol-maulkorb>>. 31. Juli 2018.

**Duden online** 2018: Herbizid.

<<https://www.duden.de/suchen/dudenonline/herbizid>>. 16. Juni 2018.



**Duden online** 2018: Brandrodung.

<<https://www.duden.de/rechtschreibung/Brandrodung>>. 28. Juni 2018.

**Duden online** 2018: Protest.

<<https://www.duden.de/rechtschreibung/Protest>>. 5. Juli 2018.

**Friedl, Claudia** 2016: Motion 16.3558. Die schädliche Mengenausweitung des Palm-  
ölkonzums stoppen.

<<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20163558>>. 20. Juli 2018.

**Gabler Wirtschaftslexikon online**. Das Wissen der Experten 2018: Greenwashing.

<<https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/greenwashing-51592>>. 30. Juli 2018.

**Gabler Wirtschaftslexikon online**. Das Wissen der Experten 2018: Cash Crops.

<<https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/cash-crops-53686>>. 7. August 2018.

**Gossenreiter, Anna** 2018: Abkommen mit Indonesien. Wird Palmöl in der Schweiz  
bald billiger? In: SRF News.

<<https://www.srf.ch/news/schweiz/abkommen-mit-indonesien-wird-palmoel-in-der-schweiz-bald-billiger>>. 18. Juli 2018.

**Graf, Maya** 2015: Interpellation 15.3716. Palmöl. Freihandelsabkommen mit Malay-  
sia und Indonesien.

<<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20153716>>. 31. Juli 2018.

**Grin, Jean-Pierre** 2016: Motion 16.3332. Bei den Verhandlungen mit Malaysia muss  
der Bundesrat Palmöl vom Freihandelsabkommen ausnehmen.

<<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20163332>>. 20. Juli 2018.

**Regierungsrat des Kantons Bern** 2017: Parlamentarischer Vorstoss M 208-2017. Antwort des Regierungsrates.

<<https://www.rr.be.ch/etc/designs/gr/media.cdwsbinary.RRDOKUMENTE.acq/7e613e7467be43eea9ff73753cc1ed30-332/2/PDF/2017.RRGR.553-Vorstossantwort-D-164580.pdf>>. 18. Juli 2018.

**Public Eye Bern** 2017: Handelspolitik. Freihandelsabkommen mit Malaysia: Streitpunkt Palmöl.

<[https://www.publiceye.ch/de/news/freihandelsabkommen\\_mit\\_malaysia\\_streitpunkt\\_palmoel/](https://www.publiceye.ch/de/news/freihandelsabkommen_mit_malaysia_streitpunkt_palmoel/)>. 18. Juli 2018.

**Quadranti**, Rosmarie 2015: Motion 15.3130. Nachhaltigkeitskapitel als Bestandteil von Freihandelsabkommen gemäss APK-NR von 2012.

<<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20153130>>. 20. Juli 2018.

**Rist**, Manfred 2018: Schweiz und Indonesien einigen sich offenbar zu Palmöl. In: Neue Zürcher Zeitung.

<<https://www.nzz.ch/wirtschaft/die-schweiz-mit-indonesien-auf-der-zielgeraden-ld.1348410>>. 18. Juli 2018.

**Rist**, Manfred 2018: Palmöl gegen Flugzeuge und Züge: Wie Indonesien und Malaysia die EU unter Druck setzen wollen. In: Neue Zürcher Zeitung.

<<https://www.nzz.ch/wirtschaft/schnellzuege-und-airbus-gegen-palmoel-ld.1381567>>. 19. Juli 2018.

**Schweizerische Koalition zu Palmöl** 2018: Pro Natura. Medien. Offener Brief betr. Freihandelsabkommen Schweiz – Indonesien: Bitte respektieren Sie Menschenrechte und Natur und schliessen Sie Palmöl aus!

<<https://www.pronatura.ch/de/offener-brief-bundesrat-schneider-ammann-handelsabkommen-mit-indonesien-darf-kein-palmoel-enthalten>>. 31. Juli 2018.

**Spektrum.de** – Nachrichten aus Wissenschaft und Forschung 1999: Lexikon der Biologie. Brandrodung.

<<https://www.spektrum.de/lexikon/biologie/brandrodung/10451>>. 28. Juni 2018.

**Spektrum.de** – Nachrichten aus Wissenschaft und Forschung 2001: Lexikon der Geographie. Brandrodung.

<<https://www.spektrum.de/lexikon/geographie/brandrodung/1221>>. 28. Juni 2018.

**SRF** 2018: News. Infografik. Umstrittener Rohstoff. Palmöl in der Welt.

<<https://www.srf.ch/news/infografik/umstrittener-rohstoff-palmoel-in-der-welt>>. 16. Juni 2018.

**SRF** 2018: News. Schweiz. Streit um indonesisches Palmöl. Offener Brief an Bundesrat Schneider-Ammann.

<<https://www.srf.ch/news/schweiz/streit-um-indonesisches-palmoel-offener-brief-an-bundesrat-schneider-ammann>>. 31. Juli 2018.

**Stünzi Kerzers**, Mischa 2016: Ungewöhnliche Allianz gegen Palmöl. In: Tages-Anzeiger.

<<https://www.tagesanzeiger.ch/wirtschaft/standard/Ungewoehnliche-Allianz-gegen-Palmoel/story/28393788>>. 18. Juli 2018.

**WWF Deutschland** (Hg.) 2016: Auf der Ölspur. Berechnungen zu einer palmölfreieren Welt.

<[http://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/WWF-Studie\\_Auf\\_der\\_OElspur.pdf](http://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/WWF-Studie_Auf_der_OElspur.pdf)>. 19. März 2018.

**Wörterbuch Wortbedeutung.info** 2018: Offener Brief.

<[https://www.wortbedeutung.info/offener\\_Brief/](https://www.wortbedeutung.info/offener_Brief/)>. 31. Juli 2018

### 7.3.3 Verzeichnis der Filme

- **Die Orang-Utans sollen leben** 2011. DVD-Video. Hamburg: Globalfilm.
- **Die Welt im Ausverkauf** 2013. DVD-Video. Buch und Regie: Alexis Marant, Kamera: Alexis Marant, Olivier Raffet, Schnitt: Bruno Joucla. Bern: Filme für eine Welt.
- **Landraub** 2016. DVD-Video. Kurt Langbein und Christian Brüser. München: Movienet. Österreich und Deutschland. 2015.

## 8. Anhang

### 8.1 «Offener Brief»

Die schweizerische Koalition zu Palmöl, bestehend aus



in Partnerschaft mit

WALHI West-Kalimantan & WALHI EKNAS, Friends of the Earth Indonesia



Bern / Jakarta, 1. Februar 2018

Herr Bundesrat Johann Schneider-Ammann, Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung;

Frau Retno Marsudi, Aussenminister, Republik Indonesien;

Herr Darmin Nasution, Koordinierender Wirtschaftsminister, Republik Indonesien;

Herr General TNI Dr. Moeldoko, Leiter des indonesischen Präsidialstabs, Republik Indonesien;

Herr Enggartiasto Lukita, Minister of Trade, Republic of Indonesia

Herr Airlangga Hartarto, Minister of Industry, Republic of Indonesia

**Offener Brief betr. Freihandelsabkommen Schweiz - Indonesien:**

**Bitte respektieren Sie Menschenrechte und Natur und schliessen Sie Palmöl aus!**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann

Sehr geehrte Frau Minister, sehr geehrte Herren Minister

Die unterzeichnenden zivilgesellschaftlichen Organisationen aus Indonesien und der Schweiz, die sich für Menschenrechte, Umwelt- und Klimaschutz sowie für nachhaltige Entwicklung einsetzen, appellieren an Sie, Palmöl aus dem Freihandelsabkommen (FHA) auszuschliessen, das derzeit zwischen unseren beiden Ländern ausgehandelt wird.

Wir sind der Meinung, dass ein Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und Indonesien in erster Linie den Interessen der Allgemeinheit dienen muss. Es sollte sicherstellen, dass Handel und Investitionen zu einer gerechten und nachhaltigen Entwicklung beitragen, zu deren Voraussetzungen eine gesunde Umwelt, eine klimafreundliche Wirtschaft, die Sicherung der Lebensgrundlagen und menschenwürdige Arbeit für alle gehören.

In diesem Zusammenhang sind wir äusserst besorgt über das Thema Palmöl und fordern nachdrücklich, dass Palmöl nicht in die Verhandlungen über das Freihandelsabkommen Schweiz-Indonesien einbezogen wird.

Indonesien ist der weltweit grösste Palmölproduzent und -exporteur. Die Produktion, Verarbeitung und der Handel mit Palmölprodukten in Indonesien durch in- und ausländische - auch europäische - Unternehmen sowie Bank-Investitionen verursachen enorme Umwelt-, Sozial-, Menschenrechts- und Arbeitsprobleme. Dazu gehören grossflächige Abholzung, Kahlschlag und Verbrennung von Primär- und Sekundärwäldern für Palmölplantagen. Dadurch wird Indonesien zu einem der Hauptverursacher des Klimawandels, und der Palmöl-Anbau verursacht riesige Verluste an biologischer Vielfalt, Umweltverschmutzung, Landraub und Menschenrechtsverletzungen gegenüber lokalen Gemeinschaften sowie schwerwiegende systemische Verletzungen der Arbeitsrechte in diesem Sektor.

Handelsabkommen sind nicht der richtige Ort, um diese Probleme zu lösen. In einem umfassenden Dialog ausserhalb der Vertragsverhandlungen, an dem alle Beteiligten miteinbezogen sind, sollten Indonesien und die Schweiz einen ehrgeizigen Plan entwickeln, um die Probleme im Zusammenhang mit Palmöl auf demokratische, transparente und ganzheitliche Weise anzugehen. Würden Zugangsregeln für Palmöl in das Freihandelsabkommen mit aufgenommen, würde dies zu einer verstärkten Nachfrage nach Palmöl führen. Dies würde weitere landbezogene Konflikte sowie Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsprobleme verursachen.

Wir lehnen deshalb entschieden jeden Vorschlag ab, in dem schwache und freiwillige Zertifizierungssysteme wie RSPO (Roundtable on Sustainable Palm Oil), ISPO und ISCC Palmöl für niedrigere Importzölle qualifizieren. Diesen Systemen fehlt es nicht nur an Umsetzungs- und Durchsetzungsmechanismen, sondern es fehlt ihnen insbesondere und nachweislich ein Schutz der Interessen von lokalen Gemeinschaften, von Arbeitnehmenden, von Kleinbauern und der Umwelt. Die Klage, die indonesische Dorfbewohner kürzlich bei der OECD-Kontaktstelle in der Schweiz gegen das Label RSPO erhoben haben, zeigt einmal mehr, dass der RSPO seine eigenen Standards nicht umsetzt.

Zudem laufen in der Schweiz Tausende von bäuerlichen Familienbetrieben Gefahr, wesentliche Teile ihres Einkommens zu verlieren, da sie Raps und Sonnenblumen in ihrer Fruchtfolge produzieren und das importierte Palmöl ihre einheimische Produktion konkurrenziert. Auch viele Konsumentinnen und Konsumenten sind besorgt über Palmöl. Für sie wird es zunehmend schwieriger, in Schweizer Läden palmölfreie Produkte zu kaufen.

Wir sind überzeugt, dass die Regierungen der Schweiz und Indonesiens offen sind für die Anliegen und Beiträge von Organisationen der Zivilgesellschaft und der Sozialpartner und erwarten gerne eine umfassende und transparente Kommunikation zum geplanten Abkommen.

Freundliche Grüsse

Die schweizerische Koalition zu Palmöl

WALHI West Kalimantan & WALHI EKNAS (Nationales Büro), Friends of the Earth Indonesia



*L. Regazzoni Meli*

Laura Regazzoni Meli, Segretaria Generale



*Urs Leugger*

Urs Leugger, Zentralsekretär



Arbeitsgemeinschaft  
Swissaid - Fastenopfer - Brot für alle  
Helvetas - Caritas - Treks

*Isolda Agazzi*

Isolda Agazzi, Handel und Investitionen



*Thomas Braunschweig*

Thomas Braunschweig, Handelspolitik



*S. Lerch*

Sabine Lerch, Nachhaltiger Konsum Schweiz



*Markus Ritter*

Markus Ritter, Präsident



BROT FÜR ALLE  
PAIN POUR LE PROCHAIN  
PANE PER TUTTI

*B. DuPasquier*

Bernard DuPasquier, Geschäftsleiter



*Rütz Glaser*

Rütz Glaser, Präsident



*Johanna Michel*

Johanna Michel, Stv. Geschäftsleiterin



*Ulrike Minkner*

Ulrike Minkner, Vizepräsidentin



*Sophie Michaud Gigon*

Sophie Michaud Gigon, Secrétaire générale



*Beat Schumacher*

Beat Schumacher, Geschäftsleiter

## 8.2 Selbstständigkeitserklärung für schriftliche Arbeiten

„Ich erkläre hiermit, dass ich diese Arbeit selbständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen benutzt habe. Alle Stellen, die wörtlich oder sinngemäss aus Quellen entnommen wurden, habe ich als solche gekennzeichnet. Ich erkläre ausserdem, dass ich weder die ganze Arbeit noch Teile davon ohne Absprache mit der Betreuerin/dem Betreuer in einer anderen Lehrveranstaltung in mündlicher oder schriftlicher Form zur Erlangung eines Leistungsnachweises eingereicht habe. Mir ist bekannt, dass ich andernfalls ein Plagiat beziehungsweise einen Betrug begangen habe und dies mit der Note 1 bestraft wird. Ich weiss, dass zusätzlich weitere Sanktionen gemäss den „Richtlinien der Universitätsleitung betreffend das Vorgehen bei Plagiaten“ vom 28. August 2007 und gemäss Artikel 36 Absatz 1 Buchstabe r des Gesetzes vom 5. September 1996 über die Universität ergriffen werden können. Dazu gehört im Falle von BA-Arbeiten insbesondere der Entzug des aufgrund dieser Arbeiten verliehenen Titels.“

Datum: 18. August 2018

Unterschrift: 